

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Eingelne Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengefaltete Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Veranlassungsaufträge kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsaufträge werden nach Uebereinkunft laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nummern:
Scheidungs-Expedition 89.
Vorhand 98.

Telegramm-Adresse:
Mitteband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Auf zur Schlacht!

Feinde, Feinde überall
Stürmen an mit Macht,
Darum, Knappen, auf den Wall,
Rüstet euch zur Schlacht. —
Kämpft für euer gutes Recht.
Und die Losung sei:
Nieder mit dem Zechenknecht!
Und der Bergmann frei! —

Es ist doch dem Bergmannsschutz,
Der verschandelt neu
Es ist doch dem Knappentruz
Und der „Nickerel“. —
Die man wieder heben will
Aus dem Sumpf heraus,
Die man neu beleben will
Mit Verrat zu Haus. —

Jetzt, ihr Knappen hochgemut,
Zeiget was ihr könnt,
Wo der Feind in toller Wut
Uns die Burg berennt. —
Fället Lüge und Verrat
Jetzt in off'ner Schlacht,
Fällt mit Kühner Mannestast
Hass und Niedertracht. —

Was in jahrelangem Krieg
Ihr durch Kampf und Not
Euch erstritten habt zum Sieg
Ist jetzt neu bedroht. —
Wieder soll der alte Drei
Hemmen euch die Bahn,
Muckerei und Duckerel,
Die ihr abgetan. —

Darum, Knappen, auf den Wall,
Und die Wehren schwingt,
Dass der Anschlag kommt zu Fall,
Dass der Plan misslingt. —
Kämpft für euer gutes Recht,
Und die Losung sei:
Nieder mit dem Zechenknecht!
Und der Bergmann frei!

S. R.

Werkverein ist es darum zu tun, daß am 17. September 1910 die „Wahltschlacht“ für die kommenden Reichstagswahlen, und zwar zugunsten der bürgerlichen Parteien, geschlagen wird! Das ist gewerkschaftlicher Prestigismus, dem der christliche Gewerksverein da verfallen ist.

Unsere Mitbrüder im Bergbau hatten keine gewerkschaftlichen Organisationen, aber sie waren bestrebt, das Knappschaffswesen in ihrem Sinne auszugestalten. Sie wehrten sich auch gegen Verschlechterungen. Jahrzehnte hindurch ging der Kampf um die Bergarbeiterrechte. Petitionen wurden an die Behörden und die Regierung geschickt. Und als das versagte, Regierung und Bergwerksunternehmer weiter die Rechte der Knappen niedertrampelten, da haben unsere Vorfahren zum Streit gegriffen! Mitte der fünfziger Jahre ruhten im Ruhrbecken eine große Anzahl Schächte. Trotz der Koalitionsverbote, trotz der hohen Strafen, die für Streikende infolge auch des Streikverbots ausgesetzt waren, hatten die Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es kam gar zu Strahlen, Sach- und Schachtdemolierungen, schließlich zur Militärrequisition. So hatten die in den Jahren 1857/58 verteilten neuen Knappschaffsbücher die Bergarbeiter aufgeregt und zur Verzweiflung getrieben.

Wir können den Kampf unserer Vorfahren verstehen, galt es doch um die Sicherung ihrer Existenz in unglücklichen Tagen. Wie recht sie hatten, das zeigten die kommenden Jahrzehnte.

Eine Vergewaltigung der Knappen nach der anderen folgte. Die Werkschergen schalteten und walteten wie sie wollten, ihr Übermut kannte keine Grenzen. Die Knappschaffskasse entwickelte sich mehr und mehr zu einem Unterdrückungsinstitut gegen die Bergarbeiter!

Wenn es heute etwas besser und anders geworden ist, dann verdankt das die Ruhrbergarbeiterchaft in erster Linie dem Bergarbeiterverbande, der die Forderungen unserer „Ältern“ mit zu den seinigen machte und der den Kampf für die Knappschaffsforderungen mit Energie und Tatkraft aufnahm. Hierbei hat der Bergarbeiterverband gegen zwei Fronten im Bochumer Knappschaffsverein kämpfen müssen, gegen die Werkschergen und gegen die Verräter der Arbeiter im Arbeiterlager selbst. Mancher der verstorbenen und der jetzt noch lebenden Vorstände hat sich für alle Zeit ein Denkmal der Schande gesetzt, weil sie als Arbeitervertreter einer wirklichen Arbeitervertretung aus dem Wege gingen. Diese Niedertrüder und Vagabunden haben uns unseren Kampf um die Knappschaffsrechte der Bergarbeiter erschwert, aber aufgehalten haben sie ihn nicht. Ihr Sinnen und Trachten war, in erster Linie das Wohlwollen der Werksbesitzer zu erreichen, dafür traf sie die Verachtung der Bergarbeiter! Orden und Ehrenzeichen haben sie erhalten, im Zylinder und Frock haben sie die fulminantesten Festreden mitgemacht, aber das Vertrauen zu diesen „Mitarbeitervertretern“ ist mehr und mehr bei den Bergleuten geschwunden. Das ist bei den Sicherheitsmännern kräftig genug zum Ausdruck gekommen. Und das spüren die Verräter auch selbst. Sie wissen, daß sie ausgepielt haben. Darum das Komproiß, darum hat sich der Gewerksverein mit den Gegnern einer vernünftigen Knappschaffsreform zusammengetan, um noch zu retten, was für ihn bei den Wahlen am 17. September noch zu retten ist. Das widerliche und unnatürliche Komproiß ist ein heilloses Produkt der Angst, die dem Gewerksverein überkommen ist und die ihn veranlaßt hat, sich prostituiert den schlimmsten Arbeiterfeinden an den Hals zu werfen. In einer Konferenz des christlichen Gewerksvereins in Gelsenkirchen am 4. September ist der Kampf gegen den Verband in verschärfter Form proklamiert worden, obwohl die Brüstliche Kampfmethode von der Gewerksvereinsleitung längst in den Schatten gestellt ist. Schon in Saarbrücken hat der Gewerksverein auf seiner Generalversammlung im vergangenen Jahr eine ähnliche Kampfesresolution gegen den Verband angenommen. Die Christlichen wollen den Bruderkrieg um jeden Preis!

Um aber einen Schub von gewissen Gewerksvereinsführern nach der Knappschaffswahl zu verhindern, hat man bei der erneuten Beschlußfassung über eine Kampfesresolution die Vertrauensleute des Gewerksvereins engagiert. Die christlichen Gewerksvereinsführer wollen Mitverantwortliche haben. Uns kann das letztere ja gleich sein. Für unsere Mitglieder und für jeden ehrlichen Bergmann aber entsteht die erhöhte Pflicht, am 17. September der gewerkschaftlich verkommnen, gelbchristlichen Organisation und ihren Hintermännern eine Niederlage zu bereiten, von der eine Erholung ausgeschlossen ist.

Erfüllt jedes Verbandsmitglied seine Pflicht, treten die unorganisierten und die übrigen ehrlich denkenden organisierten Arbeiter am 17. September auf die Seite des Bergarbeiterverbandes, dann ist auch die Grundlage gegeben, für eine größere Einheit der Bergarbeiterbewegung, die den Ruhrbergleuten so not tut! Die Einheit der Bergarbeiterbewegung wird und muß kommen und sie wird umso eher da sein, je mehr der Zechengewerksverein zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Tragt Ruhrbergleute dazu bei; ihr erfüllt damit eine Aufgabe, für die euch Kind und Kindeskind noch danken werden. Darum muß es am 17. September heißen:

Nieder mit den Bergarbeiterzersplitterern, diesen Troßknechten der Bergwerkskapitalisten! Nieder mit den Verbündeten der Föllner und Lebensmittelvertreuer! Nieder mit den Chrab-schneidern, den Verleumdern und Fälschern!
Gott der Bergarbeiterverband hoch die Solidarität aller Bergarbeiter! Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Worum es sich handelt!

Im Kampf um das Verwaltungsrecht der Arbeiter in Knappschaffskassen.

Daß die Knappschaffskassen einmal Einrichtungen waren, die sich die Bergarbeiter selbst geschaffen, ist den meisten Lesern der „Bergarbeiter-Zeitung“ bekannt. Auch daß sie diese Kassen selbst verwalteten! So sagt Karl August Tolle in einer Studie, daß die arbeitsunfähigen Bergarbeiter von Zuhilfenahme bier, von Ausbeutegehältern acht Wochen lang ihren vollen Lohn aus der Werkskasse erhielten. Dann fährt er fort:

„Aus der Initiation (eigenem Antrieb, selbständiges Vorgehen!) der Bergleute wurde, da ihnen das nicht genügte, im 18. Jahrhundert eine Organisation des Unterstützungswesens im primitiven (einfachen) Umfange durch Bildung von Knappschaffskassen angebahnt. . . Sie trugen anfangs ausschließlich den Charakter von Privatinitiativen; die Bergbehörden übten zwar das Oberaufsichtsrecht über die Kassen aus, kümmerten sich jedoch um die innere Verwaltung derselben wenig oder gar nicht. Diese standen vielmehr dem von der Knappschaffskasse (also den Arbeitern) gewählten Knappschaffskassen und seinem Stellvertreter, dem „Jüngsten“ der Knappschaffskasse.“

Und La h me her zu Clausihal schrieb in der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen“ (Jahrgang 1861, Seite 800 ff.): „In der ersten Zeit ihres Bestehens waren die Knappschaffskassen rein private Institute. Zwar übten die Bergbehörden das Oberaufsichtsrecht aus, die eigentliche Verwaltung aber stand den Knappschaffskassenangehörigen gewählten Vorständen zu; diese erhoben die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder und verabreichten den Kranken und Beschädigten je nach Bedürftigkeit und dem Stande der Kasse ein Almosen, oder auch wohl nur einen Vorschuß.“

Später ist das anders geworden. Mit der Entwicklung des Bergbaues und der Knappschaffskassen suchte die Bergbehörde immer mehr Einfluß in den Knappschaffskassen zu gewinnen. Tolle sagt uns:

„Die Bergbehörden erkannten die Notwendigkeit, dem wichtigen Institute der Knappschaffskassen eine festere Grundlage zu geben und eigneten sich die Verwaltung derselben an.“

Wir sehen, wie die Kassen unter bergamtlichen Fremden Einfluß gelangen. Im Jahre 17. Jahrhundert wurden die Knappschaffskassen nicht mehr von den Knappschaffskassenangehörigen gewählt, sondern von den Bergamtbeamten ernannt und bald darauf wird förmlich bestimmt, daß alle Knappschaffsangelegenheiten unter Ausziehung des Vorstandes und des Rechnungsführers im Bergamt besorgt werden sollten. Hierbei ist es bis um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, sicher nicht nur im Harz, geblieben.

Wir haben hier keine Geschichte der Knappschaffskassen zu schreiben, es kommt uns darauf an, zu zeigen, wie das Verwaltungsrecht aus den Händen der Arbeiter in fremde Hände überging und wie selbstverständlich sich dieser fremde Einfluß zum Schaden der Arbeiter geltend gemacht hat.

Denn schließlich ist der Kampf um Knappschaffsrechte vornehmlich ein Kampf um das Verwaltungsrecht. Wer das letztere ausübt oder überwiegend beeinflusst, der hat auch den Einfluß auf die inneren Einrichtungen der Knappschaffskasse, ebenso einen Einfluß auf die Handhabung der Satzungen in Händen! In erster Linie hat also der Kampf um das Verwaltungsrecht zu gehen!

Verfügen die Arbeiter allein über die Kasse, üben sie das Verwaltungsrecht aus, dann bestimmen sie für sich wie sie die Satzung zu handhaben gedenken und welche Einrichtungen in den Fragen der Verwaltung, des Unterstützungswesens, der Behandlung der Knappschaffsmitglieder zu treffen sind.

Allmählich wuchs die Industrie heran, auch der Kohlenbergbau entwickelte sich mehr und mehr. Die Bergwerkskapitalisten gingen daran, sich der Bevormundung durch die Behörden zu entziehen und sie gebrauchten auch ihre wirtschaftliche Macht und ihre persönliche Stellung, um ihrerseits auf die verschiedensten Institutionen im Bergbau, wo sie wirtschaftlich und persönlich profitieren konnten, mehr und mehr Einfluß zu gewinnen. Alle Bergarbeiterrechte wurden beseitigt, neue Rechte den Bergleuten vorenthalten. So ging das auch im Knappschaffswesen zu.

Das Revolutionsjahr 1848 zeigte, wie weit es im Ruhrbecken schon gekommen war. So weit hatten sich die knappschafflichen Verhältnisse durch die wirtschaftliche Machtstellung der Bergwerksbesitzer, die sich der Gunst der Behörden zu erfreuen hatten, gestaltet, daß unsere Väter Beschwerden und Gesuche an die Behörden richteten. Wir erfahren, wie verlangt wird: Erhöhung der Witwen- und Unverheiratheter, Zahlung des Krankengeldes bis zum vollen Lohne, freie Abgabe- und freie Knappschaffskassenwahl! Ferner höhere Beiträge der Werke, verbindliche Berichte über den Stand der Kassen, Wiedereinführung des freien Schulgebühres usw. Das Knappschaffsamt hatte im Ruhrbecken also schon um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts längst begonnen und ebenso die Kämpfe der Bergarbeiter um ihre bedrohten oder abgegangenen Rechte. Die Arbeiter hatten sozusagen schon nichts mehr zu sagen.

Das Bild änderte sich auch nicht, als das Gesetz für die preussischen Knappschaffskassen im Jahre 1854 geschaffen wurde. Statt das Verwaltungsrecht der Arbeiter zu heben, wogte die freie Wahlenwahl wenigstens in etwa beitragen konnte, sicherten sich die Werkschergen den Einfluß auf die Besetzung der Verwaltung. Das wird in einer Schrift des Werksinteressenten Herrn Festenberg, Patisch, offen eingestanden:

„Infolge des Gesetzes vom 10. April 1854, betreffend die Vereinigung der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter in Knappschaffskassen wurde auch die Verwaltung der bisherigen, durch das Oberbergamt verwalteten Knappschaffskassen in die Hände der Unternehmer gelegt!“

Da haben wir's! Die Verwaltung der Knappschaffskassen wurde in die Hände der Unternehmer gelegt! Es zeigte sich, daß die Werkschergen die Knappschaffskasse nun weniger als eine Institution betrachteten, die geschaffen war, um in erster Linie die Opfer des Bergbaues zu erhalten, sondern die Werkschergen taten alles, um aus der Knappschaffskasse mehr ein Unterdrückungsinstitut gegen die Arbeiter zu schaffen. Wer die Knappschaffsverwaltung in den Händen hat, hat die Knappschaffskassen, wer diese regiert, beherrscht die Bergarbeiter! Die Folgen der Werkschergenmacht zeigten sich bald. Schreibt doch der Oberbergat v. Serlo in seinem Buch, betitelt: „Die Beschwerden gegen die Neuordnung der Knappschaffsvereine in Distrikte des Oberbergamtes Dortmund“, darüber folgendes:

„Die daraus (Änderung des Gesetzes 1854) entspringende Erregung unter den Bergleuten war so groß, daß sie hier und da zu offener Unzufriedenheit und Weigerung, die auf gesetzlichem Wege zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Werkschergen vereinbarten neuen Statuten anzuerkennen führte.“

Im Essener Revier kam es zu Streiks und Revolten. Die verzweifeltsten Bergarbeiter demolierten die Schächte, griffen zu Tätlichkeiten, jedoch Militär requiriert wurde, welches die Bergarbeiter „zur Ruhe“ brachte. Ihre Rechte blieben aber in die Hände der Werkschergen gelegt. Durch das Gesetz erlangten die Werkschergen gefällig die Hälfte Sitze im Knappschaffsverein. Ohne sie konnte

Vor der Entscheidung.

Noch haben die Arbeiterfeinde und Bergarbeiterzersplitterer sich von dem Schrecken nicht erholt, den ihnen der Ausfall der Sicherheitsmännernwahlen beigebracht hat und schon werden die Ruhrbergleute zu einer zweiten Wahltschlacht auf den Plan gerufen. Noch einmal soll ein Schlag geführt werden, der die Gegner des Bergarbeiterverbandes in den Sand streckt, wie das schon am Tage der Sicherheitsmännernwahl der Fall gewesen ist! Wohlan, Ruhrbergleute, wir vertrauen auf euch! Holt aus und gebt den Zersplitterern der Bergarbeiter einen neuen Stieb, bei dem sie das Wiederaufstehen vergessen. — Merkt Augen, Kameraden, sind auf euch gerichtet!

Mit fieberhafter Spannung erwartet jeder den Ausfall der Knappschaffskassenwahlen, weil es sich hier um eine Willens- und Gedankenscheidung mehrerer Hunderttausend Bergarbeiter im größten Kohlenrevier der Welt handelt. Das allein gibt der Wahl am 17. September schon eine wichtige Bedeutung.

Aber bei den Knappschaffswahlen handelt es sich noch um mehr! Die Ruhrbergarbeiterchaft soll entscheiden, ob sie sich mühen und Mühe genug fühlt, ihre Interessen auch im Knappschaffswesen selbst zu wahren, diese selbständig zu vertreten, oder ob die Ruhrbergarbeiter noch weiter jenen Leuten folgen wollen, die es auf die Zersplitterung der Bergarbeiter abgesehen haben und die direkt oder indirekt die Interessen und Geschäfte der Werkskapitalisten schützen und besorgen. Darum handelt es sich in erster Linie. Und das zweitens die Ruhrbergleute auch den Zersplitterern und Arbeiterfeinden in den eigenen Reihen die Antwort zu geben haben, halten wir für selbstverständlich.

Die Ruhrbergleute müssen zeigen, daß sie es endlich satt sind, sich von den Arbeiterfeinden noch länger an der Nase herumführen zu lassen. Und daß sie nicht gewillt sind, den volksverräterischen Parteien auch bei bergmännischen Wahlen die Parteiführer zu kochen! Nur um politische Interessen zu fördern, haben Zentrum und die Nationalliberalen im Verein mit den Zechen und dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sich zusammengeschlossen, um so am 17. September gegen den Bergarbeiterverband zu kämpfen. Gegen eine Organisation also geht der Kampf, die im Knappschaffswesen stets die Interessen aller Bergarbeiter gewahrt hat. Allen Bergleuten, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, der Religion und der Klasse, galt die Fürsorge und die Arbeit des Verbandes. Und so wird es auch weiter sein. Darum trifft ihr der Satz aller derjenigen, die es mit den Bergleuten nicht ehrlich meinen.

Der Bergarbeiterverband erfüllt die Mission, die unsere Vorfahren im Ruhrbergbau angefangen, aber nicht vollendet haben. Wenn wir die Bergarbeiter auffordern, am 17. September ihren Stimmzettel für die Verbandsstandibuten in die Wahlurne zu werfen, dann tun wir es, weil es bluternst ist, eine Knappschaffsreform durchzuführen, die die kranken und invaliden Arbeiter, für ihre auf den Gruben verlorene Gesundheit ausreichend entschädigt. So haben es alle vernünftig denkenden Bergarbeiter schon vor 30, 50 und auch 100 Jahren zurück im Ruhrbergbau gewollt und so wollen wir es auch. Wer bei den Knappschaffswahlen Rücksichten nimmt auf die Politik und zwar auf eine arbeitserfindliche Politik, wie es das für diese Wahlen gebildete Komproiß zwischen Zechen und christlichem Gewerksverein, zwischen Nationalliberalen und Zentrum, verlangt, der verdient nicht, daß auch nur eine Stimme ihm zukommt.

Nicht um politische und religiöse Ziele, oder um nationale Massenfragen darf es sich handeln, sondern um die Erhaltung der Kranken, der Krüppel, der Invaliden und deren Angehörigen! Darum kommt es dem Bergarbeiterverband an. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter scheint das hingegen als etwas Neben-sächlich-es zu betrachten. Dem christlichen Ge-

nichts mehr gesehen. Mehr noch, sie sorgten dafür, daß auch noch die Arbeitervertretung im Knappschaftsverein ihnen ausgeliefert wurde. Dann schalteten die Herren, wie sie wollten.

Sie ermäßigten sich die Beiträge auf 50 Prozent, beanspruchten aber dieselbe Vertretung wie die Knappschaftsmitglieder. Mehr noch! Sie zwangen die Bergarbeiter, allerhand Beamte als Arbeitervertreter zu wählen. So bestand z. B. der erste Vorstand des Märklischen Knappschaftsvereins (Vorläufer des jetzigen Vereins) außer dem Bergmeister Brabender, Oberbergat von den Werken und Assessor Rüttner, die die Vorstandsposition inne hatten, aus folgenden Personen:

Werkvertreter:

Hofor Broelmann, Grubendirektor Bergat Seingmann, Grubendirektor Sad, Grubendirektor Bollmann, Grubendirektor Alberts, Grubendirektor a. D. Wede, Grubendirektor Lind, Grubendirektor Engelhardt.

Arbeitervertreter:

Bergmeister Hagenbach, Bergamtssekretär Anders, Bergmeister Serlo, Obergeschworener Lind, Vorkämpfer Obersteiger Bod, Vorkämpfer Fahrsteiger Richter, Vorkämpfer Obersteiger Pflüpp, Vorkämpfer Fahrsteiger Große, Vorkämpfer Fahrsteiger Pflüpp.

So, diese Herren vertraten die „Arbeiterinteressen“ im Vorstand des Knappschaftsvereins, ganz nach Guldankens der Besenherren. Daß dabei die Knappschaftsmitglieder Haare lassen mußten, ist selbstverständlich. Der erste und einzige Arbeiter als Vorstandsmitglied am 1. Oktober 1880—88. Dann kamen solche vom Jahre 1889 ab in den Vorstand. Diese Besetzung der Vorstandsposten läßt auf die Zusammensetzung der Wähler gleichfalls Rückschlüsse zu.

Eine traurige Zeit brach für die Knappschaftsmitglieder heran. Was jetzt folgt, kann man in der Broschüre des verstorbenen Präsidenten Knappschaftsreform und Rechtschutzverein lesen. Durch ein Nachtragsstatut im Jahre 1880 wurde tausenden Bergarbeitern ihre Rechte geschnitten. Und um die Prozesse für die Knappschaftsmitglieder zu führen, gründete sich ein Rechtschutzverein der Bergarbeiter. Innerhalb weniger Jahre (1880—1886) verprozeßte die Knappschaftskasse 250 000 Mark Gerichtskosten für verloren gegangene Prozesse. Folgendes schreibt:

„Aber was bedeutet dieser materielle Verlust, dieses vom sauren Arbeitsschweiß zusammengetragenen Blutgeldes, gegenüber der moralischen Einbuße, welche die Knappschaftskasse, ja das ganze Verhältnis von Arbeitnehmern zu den Arbeitgebern, durch diese Prozesse erlitten hat.“

In dieses Elend wurden die Bergleute durch ihre Knappschaftskasse mit hineingeholfen! Zehntausende wurden gewährt, Liebhaber der Werksherren, selbstverständlich unter schlimmstem Terrorismus der Grubenverwaltungen. Erst mußte die Bergarbeiterorganisation kommen, die den Kampf um die Rechte der Knappschaftsmitglieder aufnahm. Die einzelnen Leute, die sich vorher ihrer Kameraden annahmen, wurden verlaßt, verhöhnt!

Das ist inzwischen anders geworden. Das bishige Recht, das das Gesetz vom Jahre 1884 und die Satzung des Knappschaftsvereins übrig gelassen hat, ist ausgenutzt worden. Während früher die ersten Vorlagen der Satzungen ohne Sang und Klang angenommen wurden, mußte 1907 z. B. die Knappschaftsreform Entwurf nach dem anderen vorlegen, ehe der siebente Annahme fand! Die Bergarbeiter wissen leider nicht alle, welcher Segen für sie die Bergarbeiterorganisation hier war. Die Herrschaft der Werksherren wurde durch das Aufkommen der Bergarbeiterorganisation freitragend und vielfach mit Erfolg freitragend gemacht. Diese Kämpfe um die Knappschaftsrechte im einzelnen zu schildern, ist hier nicht der Platz.

Daß den Werksherren nun der immer größer werdende Einfluß der Arbeiter auf die Knappschaftskasse ein Dorn im Auge war, ist klar. Das kam zum Ausdruck, als nach 60 Jahren die preussische Regierung endlich daran ging, ein neues Knappschaftsgesetz zu schaffen. Ein Gesetz, das sich der organischen Entwicklung im Bergbau nicht angepaßt hat, das der bürgerlichen Parteien und dank der Regierung, die den Werksherren nicht allzu wehe tun wollte.

Aber auch dieses Gesetz ist nicht geschaffen worden, ohne daß ein Stück Recht und Einfluß der Arbeiter auf die Kasse geschnitten wurde. Man raubte den alten Invaliden das Recht als Wähler und nahm ihnen gleichzeitig das Recht als Wähler zu werden! Die Arbeitervertreter sollen in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Werken bleiben. So wünschten es die Werksherren und so wurde es auch gemacht!

Das Verlangen der Werksherren im Ruhrbecken ging noch weiter. Was das Gesetz am Wahlrecht für die Arbeiter gelassen hatte, das sollte diesen durch die bekannte Wahlordnung genommen werden. Diese Wahlordnung ist ja noch in feiner Erinnerung. Sie sollte den Einfluß der Werksherren erneut heben, sollte die Werksherren in die Lage versetzen, durch ihre wirtschaftliche Macht und ihre Stellung als Arbeitgeber unangenehme Vorkämpfer zu können, um die Arbeiter und Kasse an ihre Stelle zu bringen. Und was dieser Arbeiterentziehung, die nur durch das energische Vorgehen des Bergarbeiterverbandes wieder rückgängig gemacht wurde, die Krone aufgesetzt ist, daß „christliche“, ja auch „christlich“ organisierte Knappschaftsvorstände diese Entziehung und diesen Verrat an der Bergarbeiterorganisation mitmachten, ohne daß sie dabei auf Widerstand bei dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gestoßen sind. Das war ein Streich, so schäuflich, daß es dieser Sorte Arbeitervertreter unangenehm bleiben wird.

Jahrzehnt auf Jahrzehnt hindurch haben unsere Väter in Not und Sorgen um die wichtigsten Knappschaftsrechte, die ihnen geraubt waren, gekämpft. Heute lastet auf der Bergarbeiterorganisation die Schmach, daß eine Arbeiterorganisation, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, die Feindsinn des Knappschaftsmitgliedern ein neues Stück Verwaltungsgewalt aus den Händen ringt! Dafür dankt, Bergarbeiter im Ruhrbecken, dem Gewerksverein am 17. September bei der Wahl der Vorstände. Eure Parole sei: Nicht weniger, sondern mehr Verwaltungsgewalt!

Die Anhungerung der Bergarbeiter.

Wenn auch nicht ganz so wie im Ruhrbecken, so sind doch die Löhne der Bergarbeiter auch im Saarrevier in den letzten Jahren gefallen. Nun hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe an die königliche Bergwerksverwaltung in Saarbrücken einen Erlaß gerichtet, in dem er sich nicht nur über die geringere Rentabilität der Saargruben beklagt, sondern auch tabelt, daß bei der Bergwerksinspektion III (von der Heydt), die auf allen Grubenabteilungen mit Zuschuß abschließt, die Durchschnittslöhne gegen das Vorquartal (Januar bis März 1910) gesunken sind. Der Erlaß schließt mit der Mahnung, daß es zurzeit nicht angängig ist, mit einer Lohnerhöhung vorzugehen!

Die „Saarpoll“, das zentralistische Publikationsorgan des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter im Saarrevier, bemerkt in ihrer Nr. vom 6. September zunächst folgendes:

„Man gewinnt daraus (aus dem Erlaß) den Eindruck, daß er (der Minister) die Lage des Saarbrücker Bergmanns als eine so rasche betrachte, daß dieser einer Aufbesserung nicht bedarf. Was soll man dazu sagen. Es wird eben überall zu sparen gesucht, und da hat man es am leichtesten, wenn man beim Keinen Mann zuerst anfängt! Rational wählen und Hurra rufen darf und soll der Bergarbeiter, mehr Lohn zu verdienen aber braucht er nicht. Wer Lohn hat zu hören, der höre!“

Am nächsten Tage, am 7. September, widmet die „Saarpoll“ dem Handelsminister v. Sydow einen Leitartikel, der interessant genug ist, daß wir ihn hier vollständig wiedergeben. Der Artikel lautet:

Wir haben gestern einen Erlaß des preussischen Handelsministers an das breite Licht der Öffentlichkeit gezogen, welcher zweifellos ein ebenso großes Aufsehen wie schmerzliches Erstaunen bei der gesamten fiskalischen Bergarbeiterorganisation hervorgerufen hat. Dieser Erlaß, der vor fünf Tagen ergangen, und innerhalb zehn Tagen beantwortet ist, wird in der gesamten Arbeiterorganisation wie eine schwebende Woge. Er muß bei der Belegschaft der fiskalischen

Gruben um so mehr Verstimmung hervorrufen, als die Gruben nicht mit einem Defizit, sondern immer noch mit einem Ueberschuß von etwa 8 Millionen Mark abschließen werden.

Der Arbeiter, der trotz fleißiger Arbeit darben muß, sieht daher nicht ein, daß es „nicht angängig“ sein soll, die Löhne zu erhöhen. Und daß viele Bergarbeiterfamilien zurzeit sich in einer bitteren Notlage befinden, ist eine Tatsache, die kein Kenner der Verhältnisse ableugnet.

Man müßte und sollte glauben, daß das auch dem Herrn v. Sydow bekannt sei, denn wir können unmöglich annehmen, daß die Bergbehörde hierüber den Minister nicht informiert habe. Falls es nicht geschehen sein sollte, wollen wir dem Herrn Staatsminister folgendes vor Augen stellen:

Mit dem Lohne, wie ihn die Bergarbeiter zurzeit verdienen, ist es nicht immer möglich, eine kleine, geschweige denn eine große Familie so zu ernähren, wie es notwendig ist und wie sie der fleißige, auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Seinen bedachte Familienvater beanspruchen muß. In dem letzten Jahre ist in vielen tausenden braven Bergmannsfamilien die Lebenshaltung auf ein solches Niveau gesunken, daß man glauben sollte, es könnte nicht mehr tiefer heruntergehen. Wir wissen nicht, ob der Herr Staatsminister von Sydow sich einmal in die Lage versetzt hat, in der sich ein Bergarbeiter, der Vater einer zahlreichen Kinderfamilie ist, befindet, wenn er mit einem Lohne, wie er jetzt bezahlt wird, vorlieb nehmen muß.

Vorige Woche war es, da erzählte dem Schreiber dieses ein Bergarbeiter, der eine zehnköpfige Familie zu ernähren hat, mit Tränen in den Augen,

daß es kaum noch für Brot und Kartoffeln lange, Fleisch komme den ganzen Monat keines auf den Tisch.

Wir trauen dem Herrn Staatsminister ohne weiteres soviel menschliches Empfinden zu, daß er nachfühlen kann, welcher Art die Gefühle sein müssen,

welches Weh die Seele des Arbeiters durchbohren muß, wenn er sieht, wie die Seinen entbehren müssen, und wie er bei allem Fleiße und aller Arbeit nicht in der Lage ist, ihnen ein besseres Los zu bereiten.

Es entzieht sich auch unserer Kenntnis, ob der Herr Minister über die Stimmung, welche die gesamte Arbeiterschaft der fiskalischen Bergwerke im Saargebiet beherrscht, wahrheitsgemäß und eingehend unterrichtet wurde. Wenn es der Fall ist, ist kein Ansehen an die Instruktionen uns unverständlich. Falls es nicht geschehen ist, wollen wir ihn an dieser Stelle, dem tatsächlichen Stande der Dinge entsprechend, informieren. Die Stimmung in der Belegschaft ist eine außerordentlich gereizte und wenn keine Aenderung in der Lohnpolitik eintritt, wird sie bei den nächsten Reichstagswahlen einen Ausbruch finden, der vielleicht das Wohlgefallen der national-liberalen Großblockpolitiker, nicht aber dasjenige eines Ministers eines monarchischen Staates finden wird. Wenn der Herr Staatsminister sich einmal unerkannt unter der Arbeiterschaft bewegen könnte, würde er zweifellos sehr instruktive Aeußerungen hören können.

Man soll sich nur keiner Täuschung hingeben. Die Arbeiterschaft im Saargebiete ist nicht mehr die der Hülferischen Area. Die Zeiten sind wahrhaftig dazu angetan, eine Arbeiterschaft, die bisher königstreu bis auf die Knochen war,

vor die Frage zu stellen, die man jetzt schon häufig hören kann:

Was hat die Königstreue mir genützt?

Freude an dieser verärgerten und gereizten Stimmung hat natürlich nur die Sozialdemokratie, hofft sie doch endlich jetzt, für ihre Predigt des Umsturzes Gelegenheit und ein williges Ohr zu finden.

Diesen Umstand sollte man in Berlin nicht übersehen und alles tun, um die Umsturzbegehung von der Arbeiterschaft fernzuhalten. Dazu ist aber die gegenwärtige Lohnpolitik nicht geeignet. Gute Lohnpolitik ist neben Aufklärung das beste Gegengift gegen die Verleuren des Sozialismus.

Zum Schluß sei noch ausdrücklich auf einen anderen Umstand hingewiesen. Es waren Abgeordnete der nationalliberalen Partei, welche die Lohnpolitik der Regierung gutheißten und insbesondere war es der Abgeordnete Böhmig, der sagte, die Löhne der Bergarbeiter seien gut. Ihren Spuren folgt der Herr Minister v. Sydow.

Bei den saarabischen Nationalliberalen können sich die Arbeiter also bedanken, wenn der Herr Minister den Revierbehörden einschärft, „Lohnerhöhungen seien nicht angängig“.

Im übrigen aber ist der schärfste Einspruch gegen die Lohnpolitik des Herrn Ministers einzulegen.

So weit die „Saarpoll“. Der Artikel spricht eigentlich für sich, aber uns reizt der Inhalt des Artikels doch zu einigen Aeußerungen.

Mit der Lage der Saarbergleute steht es schlimm. Ihnen geht es aber nicht schlechter wie Millionen anderer Arbeiter und hunderttausender Bergarbeiter in Deutschland. Durchschnittslöhne, wie sie im Saarrevier erreicht werden, bringen die Familien zum Hungern und es ist kein Zufall, wenn das amtliche Kreisblatt (Neunkirchen Nr. 205) eine Warnung an die Saarbergleute ergehen läßt,

„daß die Pfändungen gegen beschäftigte Bergarbeiter wieder vermehren zugenommen haben, daß sich die Berginspektionen veranlassen sehen, künftig den Schuldnern im Falle wiederholter Pfändung die Arbeit zu kündigen!“

Da haben wir eine neue Bestätigung des Elends der Saarbergleute durch ein bürgerliches Organ. Pfändungen sind hauptsächlich Folgen schlechter Löhne und der Verteuerung der Lebenshaltung! Und nun gestatte man uns folgendes zu sagen:

Hält der Saarfiskus die Löhne schon niedrig, wer hat dann obendrein den Realwert des Lohnes durch Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter herabgedrückt?

Warum erhält der Arbeiter für eine gewisse Summe nicht mehr die gleichen Warenmengen und Sorten, wie in früheren Jahren?

Die Antwort hierauf ist leicht: Der zentralistisch-junkerliche Schnapsblock hat mit Hilfe der christlichen Gewerkschaften, der Zentrums- und der christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten die Lebenshaltung der Arbeiter verteuert.

Gemeinschaftlich haben sie das Elend hervorgerufen, über das die „Saarpoll“ jetzt so herzerbrechend klagt!

Der Generalsekretär des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, Herr Behrens, trat mit Wollwamp für die Verteuerung der Lebensmittel für die Arbeiter ein!

Und die Giesberts, Schiffer, Wieberg, Schirmer, sprangen bei der Arbeiterausplünderung dem Behrens bei! Der „Wergknappe“, die christliche Gewerkschafts- und „Saarpoll“ und alle die übrigen Zentrumsorgane halfen, der christlich-nationalen Arbeiterschaft die Augen verkleinern, peitschten, wo es ging, gar die christlichen Arbeiter für die Lebensmittelverteuerung auf!!! Jetzt schreit man, daß die Arbeiter nicht mehr auskommen können. Wui, über solche Heuchelei! Erst blünder man das arme arbeitende Volk aus und dann stellt man sich hin und greint über seinen Hunger!

Die Kinder der Bergarbeiter schreien nach Brot, die christlichen Gewerkschaftssekretäre und die Zentrums- und presse schlagen es ihnen vom Munde weg!!!

So äußert sich das Christentum dieser schwarzen Sippschaft! Die „Saarpoll“ sucht die Nationalliberalen mit verantwortlich zu machen für das Elend der Saarbergleute. Ganz recht. Die Nationalliberalen haben sich nie geschert, wenn es sich darum gehandelt hat, wie der Schnapsblock zu wirtschaften, das heißt, die Reichen zu schücken und die Armen zu belasten. Aber sind es nicht die christlichen Gewerkschaftssekretäre gewesen, die im Saarrevier offen und im stillen bei der letzten Reichstagswahl die Nationalliberalen unterstützt haben? Anders war es doch nicht. Die Gewerkschaftsangehörigen traten für die Großindustriellen ein, aus Angst, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sonst an Mitgliedern verlieren könnte. Das hat der Gewerkschaftssekretär Giesberts offen eingestanden.

Und was bedeutet das Kompromiß des „Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter mit den Reichen und Nationalliberalen im Ruhrbecken“ für die Knappschaftswahlen denn anders, als jene Parteien zu kräftigen, die die Lebensmittelverteuerung auf dem Gewissen haben!

Und nun noch eins. Verdienen die Saarbergleute schon schlechte Löhne, die fiskalischen Bergarbeiter im Stadthager Revier und am Deister verdienen noch weniger! Die lippsischen Bergarbeiter haben kaum jährlich 900 Mark Lohn im Durchschnitt. Sie wandten sich im vergangenen Jahre mit einer Petition an den preussischen Landtag (Preußen ist Mitbesitzer der lippsischen Gruben) und hier war es ausgesprochen: Herr Brust, der dem Landtag empfahl, die Lohnforderung der Dippeschen Bergarbeiter in Höhe von 80 Pf. abzulehnen!!! Und der Gewerkschaftssekretär Zmbusch, sein Kollege Giesberts und der preussische Wahlrechtsräuberblock stimmten Brust zu und lehnten den armen Bergleuten die winzige Lohnerhöhung ab!

So handelten die christlichen Gewerkschaftsführer! Die Bergarbeiter machen sich ja im höchsten Grade mitschuldig, wenn sie solchen Arbeitervertretern noch länger Gefolgschaft leisten, und wenn sie dem heidnischen Gebahren der Zentrums- und mit Vertrauen begegnen. Wenn der Schnapsblock neue Steuern zu bewilligen hat, dann werden die christlichen Gewerkschaftssekretäre und die ihnen nahestehende Presse, ja doch wieder die Arbeiter betrügen. Sie werden, wie immer, auch dann wieder Schmiere stehen, wenn die Zollräuber und Brotvucherer, von neuem beginnen, die Taschen des armen betrogenen Arbeiters auszuplündern.

Christliche Resolutionen!

Wie der Bruderstreit geführt wird.

„O weh, jetzt soll es dem Verbands schlimm ergehen! Was der „Wergknappe“ und die christlichen Flugblätter bisher über und gegen den Verband an Beschimpfungen und Verleumdungen vorgebracht haben, wird als „literarische Limonade“ verworfen. Dem Bergarbeiterverband muß kräftiger mitgespielt werden. Das also ist der „Weisheit letzter Schluss“, der über die Gewerksvereinsdelegaten gekommen ist, als sie sich am 4. September in Gelsenkirchen zu einer Konferenz zusammensetzten. Der letzte „Wergknappe“ berichtet, daß eine Konferenz sämtlicher Zahlstellenvorsitzender des Ruhrgebiets folgende Resolution erließ in m i g angenommen hat:

„Die heute versammelten Zahlstellenvorsitzenden des Gewerksvereins vom Ruhrrevier beantragen die Herausgabe eines Flugblattes, in welchem die Klagen und Schultereien sowie den Verleumdungen des Verbandes mit größtem Geschick wie bisher ausgegengelt wird. Wir wollen nicht immer in der Abwehr sein. Wir müssen die Genossen auch mal angreifen und deren Unvernunft überall öffentlich festnaageln. Das soll auch mehr wie bisher in unserm Organ, dem „Wergknappen“, geschehen. Derselbe beschränkt sich zu sehr auf Abwehr und muß mehr zum Angriff übergehen. Gegenüber der rühelhaftesten Kampfesweise der Genossen ist der Angriff die einzig richtige Waffe.“

Zum offenen Angriff kann nur derjenige übergehen, der sich seinem Gegner überlegen weiß, oder die nötigen Waffen gegen ihn besitzt. Wer auf seinem Buckel ein schwarzes, schmutziges Sündenregister mitschleppt, wie der Gewerksverein und sein Organ, der muß gewärtig sein, daß er noch sehr oft in die Gelegenheit kommt, die Schläge anderer aufzunehmen. Das haben die christlichen Zahlstellen-Vorsitzenden und die Gewerksvereinsstrategen recht gut erkannt.

Nicht heute, schon früher hatten sie das Gefühl, daß sie die fortgesetzte moralisch-geprügelten seien. In Saarbrücken nahmen im vergangenen Jahre die Gewerksvereinsdelegierten auf ihrer Generalversammlung eine ähnlich lautende Resolution an. Auch damals hieß es u. a. in der Resolution wie folgt:

„Die Generalversammlung ersucht deshalb die Redaktion des „Wergknappen“, in Zukunft schärfer wie bisher mit den Gegnern ins Gericht zu gehen und allen gegen den Gewerksverein gerichteten Angriffen nachdrücklicher wie bisher entgegen zu treten. Die bisher geübte große Zurückhaltung der Redaktion gegenüber den gegnerischen Angriffen hatte zur Folge, daß die große Waffe der Unorganisiert gegen den Gewerksverein eingenommen wurde und nur schwer für unsere Bewegung zu gewinnen war. Durch eine schärfere Zurückweisung der gegen uns gerichteten Angriffe wird dieses Uebel beseitigt. Die bisher geübte Nachsicht wurde ja doch nur als Schwäche ausgelegt. Wenn wir uns hierdurch schärfer und stärker zeigen, werden die Gegner sich bessern müssen. So, wie bisher, darf der Bruderstreit nicht weitergehen.“

Also der Bruderstreit sollte gewerksvereinsseitig schärfer wie bisher geführt werden. Daß es geschah, beweist, daß die christlich-zentralistischen Literaten und Mitatoren im Laufe des letzten Jahres nicht von der Aufgabe abgesehen haben. Aber nicht, weil sie dem Verband etwas anzuhaben vermochten, sondern, weil sie gewissenlos mit Verleumdungen und Niederträchtigkeit über den Verband hergefallen sind!

Jetzt soll auch diese Verleumdungskampagne gegen den Bergarbeiterverband zu wässrig gewesen sein! Noch schärfer soll es gegen den Verband gehen. Ja, da muß man sich nach Menschen umsehen, denen es im Durchschnitt nicht mehr richtig ist bezuglich die nicht mehr geistig normal sind!!

Sat Herr Zmbusch jetzt diese Geistesverfassung schon erreicht? Dann nur los, dann zeige er, daß er Brust weit, weit überlegen ist.

Wir sind nach den Erfahrungen, die wir mit dem Gewerksverein gemacht haben, auf alles gefaßt. Je schlimmer man gegen den Verband ausholt, um so eher werden den christlichen Bergleuten die Augen aufgehen und sie werden einsehen, daß sie einer solchen Führerschaft die Gefolgschaft kündigen müssen.

Ober haben die Resolutionen nur den Zweck, die heutigen christlichen Führer vor dem Schicksal zu bewahren, wie es den Herrn August Brust ereilte? So wird es sein! Wenn der Gewerksverein bei den nächsten Wahlen geschlagen wird, was infolge der Schreib- und Agitationsweise der christlichen Gewerksvereinsstrategen direkt vorauszu sehen ist, dann wollen diese sich hinter ihre Vertrauensleute verkrüchten! Ihr, die Vertrauensleute, habt es ja so gewollt. Wir haben nur euren Beschlüssen gefolgt usw. Wäre die Aufforderung, die Hebe zwischen den Bergarbeitern auszuführen zu treiben, nicht so traurig, man könnte über das Vorhaben lachen. Bergarbeiter, am 17. September gebt den christlichen Hebern die verdiente Antwort!

Christlich-werkkapitalistische Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Am 30. Juni 1910 bugsierten die Verbändler auf der Generalversammlung des Bochumer Knappschaffsvereins die letzten „Christlichen“ Ältesten aus dem Knappschaffsverband heraus. Welchen Segen dieser Schab für die Bergarbeiter bedeutet, haben wir schon eingehend dargelegt. Die Werkvertreter werden selbstverständlich den Abzug der „Christlichen“ nicht wenig beklagen, weil sie in ihnen oft genug fräftige Hilfe für die Durchführung der Werkbesitzerpläne fanden. Die Bergarbeiter hingegen haben alle Ursache, sich zu freuen, daß die Werksherren sich nicht mehr auf diese Sorte Arbeitervertreter stützen können.

Aber nicht nur, daß die christlichen Vorstandsältesten oft genug den Interessen der Bergarbeiter ins Gesicht schlugen, wie wir das an Dutzenden von Beispielen gezeigt haben, nein, diese „Christlichen“ haben auch ihre Hand mit im Spiele gehabt, um eine Reform des Knappschaffswesens zu verhindern und zwar dadurch, daß sie mit den Werkvertretern zusammen die Wahl von Verbandsvertretern in die einzelnen Ausschüsse im Knappschaffsverein zu verhindern suchten, obwohl hinter den Verbandsältesten eine größere Mehrheit der Knappschaffsmitglieder als hinter dem christlichen Gewerksverein stand und noch steht. Daß die „Christlichen“ in den letzten Jahren so handeln konnten, verdanken wir dem eigenartigen Modus im Knappschaffsverein, daß vor Ablauf der Amtsperiode der Ältesten die Generalversammlung die Vorstandswahlen für das Drittel ausstehender Vorstandsmitglieder noch vornimmt. Die alten Ältesten wählen noch ein Drittel des neuen Vorstandes!

Zu Jahre 1904 waren zunächst 9 „Christliche“ oder Mäßige und 6 Verbändler im Vorstand, später 10 „Christliche“ und 5 Verbändler.

Da ein August Brust i. J. den „Christlichen“ Ältesten empfohlen hatte, bei allen Wahlen getrennt von den Ältesten des Verbandes und gegen diese vorzugehen, oder, wie sich Brust vorher noch ausgedrückt hatte, die Verbändler an die Wand zu drücken, daß sie quieschen, konnte man selbstverständlich erwarten, daß auch die „Christlichen“ Vorstandsältesten nach diesem Rezept arbeiten würden. Wenn nicht anders, dann sollte dieses Geschäft mit Hilfe der Werkbesitzer vor sich gehen, was dann auch geschehen ist. Wir lassen auch hier die einzelnen Fälle, wie man die Verbändler „an die Wand“ drückte, folgen:

1. In der Vorstandssitzung vom 4. Oktober 1904 waren die Wahlen von fünf Schiedsgerichtsmitgliedern der Arbeiterseite zu tätigen. Zwei der Ausgeschiedenen, Schero und Siegemann, gehörten dem Verbandsältesten, drei den „Christlichen“ an. Gewählt wurden mit 9 gegen 6 Stimmen die von den „Christlichen“ vorgeschlagenen Kandidaten.

2. In der Vorstandssitzung vom 6. Dezember 1906 wurden vier Fachmänner als ordentliche Vorstandsälteste in den Vorstand berufen. Bei dieser Wahl gaben die Werkbesitzer weiße Stimmzettel ab (ihre „Christlichen“ Lieblinge hatten ja noch die Mehrheit). Mit 9 gegen 6 Stimmen wurden nur „Christliche“ gewählt.

3. In den Mai- und Juni-Vorstandssitzungen im Jahre 1905 waren insgesamt 16 Wahlen von Arbeitervertretern in diverse Geschäftsausschüsse und sonstige Ausschüsse zu vollziehen. Die „Christlichen“ wählten wieder nur „Christliche“, kein einziger Verbändler wurde berücksichtigt.

4. In der Vorstandssitzung vom 11. Juli 1905 waren sechs Schiedsgerichtsmitglieder aus Arbeiterkreisen zu wählen. Gewählt wurden nur „Christliche“ und zwar mit ihrem damaligen Stimmenverhältnis von 10 gegen 5.

5. In der Vorstandssitzung vom 12. Dezember 1905 waren wieder sechs Wahlen von Arbeiter-Schiedsgerichtsmitgliedern. Wegen Ablauf ihrer Amtsperioden schieden drei „Christliche“ und drei Verbändler aus. Die Verbandsältesten schlugen vor, die Ausstehenden wieder zu wählen, aber das gab es bei den „Christlichen“ Herrschaften nicht. Die drei „Christlichen“ Ausgeschiedenen wurden wieder gewählt und für die drei ausgeschiedenen Verbändler wurden ebenfalls drei „Christliche“ gewählt.

6. Ebenfalls in der Juni-Vorstandssitzung 1906 waren Schiedsgerichtsmitgliedwahlen zu tätigen. Es schieden drei Verbändler und zwei „Christliche“ wegen Ablauf ihrer Amtsdauer aus. Wieder wurden nur „Christliche“ gewählt.

7. Am 16. Juni 1906, in der Generalversammlung, erhielten die Verbändler die Mehrheit der Arbeiterseite im Knappschaffsvorstande und von da ab stimmten die Werkbesitzer — mit Ausnahme bei den Schiedsgerichtsmitgliedwahlen, wo sie nicht mit den Arbeitervertretern gemeinsam stimmen dürfen — ständig gemeinsam mit den „Christlichen“ bei Wahlen, um sich die „treue Mitarbeit“ derselben bei ihren arbeitgeberfeindlichen Plänen zu sichern.

8. Gleich in der nächsten Vorstandssitzung vom 10. Juli 1906 begann das Spiel. Es waren eine Anzahl Stellen in den diversen Geschäftsausschüssen zu besetzen. Es wurden nur „Christliche“ mit 20 gegen 10 Stimmen gewählt; also mit den 15 Verbandsvertreterstimmen und den 5 „Christlichen“ Stimmen gegen die nun über 10 Stimmen verfügenden Verbandsältesten. In derselben Sitzung waren noch zwei Arbeitervertreter zum Allgemeinen Deutschen Knappschaffsverband zu wählen. Gewählt wurden mit 20 gegen 10 Stimmen die „Christlichen“ Schäfer und Beuhoff. Bis dahin waren diese beiden Stellen von einem Verbändler und einem „Christlichen“ besetzt.

9. In der Vorstandssitzung vom 9. Oktober 1906 war aus den Vorstandsältesten ein Vertreter zu wählen, der bei gegebenen Anlässen zur Mitunterzeichnung für den Vorstand herangezogen werden sollte. Der Vorsitzende schlug vor, einen Arbeitervertreter zu wählen, der in möglicher Nähe von Bochum wohne, damit er gegebenenfalls schnell zur Stelle sei. Die Verbandsältesten schlugen ihren Kameraden Fischer, Laer, vor. Gewählt wurde von den Werkbesitzern und „Christlichen“ gemeinsam der Grubenbeamte und wegen Streitfrage angezweifelt aus dem „Christlichen“ Gewerksverein ausgeschlossene Raffe! In derselben Sitzung war ein Arbeitervertreter in das Preisrichterkollegium für Modelle für das neu zu errichtende Knappschaffsgebäude zu wählen. Verbandsseitig wurde wieder Kamerad Fischer vorgeschlagen, gewählt wurde von den „Christlichen“ und den Werkbesitzern der „Christliche“ Beuhoff.

10. In der Vorstandssitzung vom 14. Mai 1907 war ein Verbandsvertreter als ordentliches Vorstandsmitglied in den verstorbenen Vorstandsältesten Christlan zu berufen. Mit den 20 Stimmen der „Christlichen“ und Werkbesitzer wurde der „Christliche“ Dunfer ge-

wählt, gegen den verbandsseitig vorgeschlagene Ältesten Ding, Anna, auf den die 10 Stimmen der Verbandsältesten entfielen.

11. Ferner wurden in derselben Sitzung Arbeitervertreter gewählt in den Sängers-, Kurz-, Rechnungs- und Redaktionsausschuss. Auch in diese Ausschüsse wurden nur „Christliche“ von dem verbandschristlichen Block gewählt.

12. In der Vorstandssitzung vom 12. März 1908 waren infolge der Ernennung des „Christlichen“ Vorstandsältesten Beuhoff zum Verbandsältesten verschiedene Wahlen im Vorstande notwendig geworden, und zwar: 1. ein ordentliches Mitglied in den Vorstand, 2. ein ordentliches Mitglied in den Sängersausschuss, 3. ein solches in den Kurzausschuss, 4. in den Rechnungsausschuss, 5. ein ordentliches Mitglied für das Schiedsgericht in Angelegenheiten, 6. ein ordentliches Mitglied zum Allgemeinen Deutschen Knappschaffsverband, 7. ein ordentliches Mitglied in den Geschäftsausschuss Herne und 8. ein stellvertretendes Mitglied in den Geschäftsausschuss Oberhausen. Gewählt wurden mit den Stimmen der Werkvertreter und der fünf — dem Verbands nicht angehörenden — alliierten Arbeitervertreter, zu 1. Rorte in Erie, zu 2. Dunfer in Castrop, zu 3. Rorte in Erie, zu 4. Raffe in Alkenessen, zu 5. und zu 6. Dunfer in Castrop, wohingegen zu 7. und 8. die Verbandsältesten Jungesblut bzw. Schwarz gewählt wurden. Bei den beiden letztgenannten Wahlen wurden von den Alliierten keine Vorschläge gemacht, folglich wurden Jungesblut und Schwarz mit den Stimmen der Verbandsältesten gewählt.

Wenn die „Christlichen“ hier nicht alle Posten mit ihren Leuten besetzen, so nicht deshalb, weil sie den Verbändlern auch etwas gönnen wollten, sondern, weil ihre geringe Zahl nicht ausreichte, alle Stellen zu besetzen.

13. In der Vorstandssitzung vom 30. Juni 1908 waren wieder mehrere Wahlen von Arbeitervertretern in Geschäfts- und andere Ausschüsse zu tätigen. Mit Hilfe der Werkbesitzer wurden diese Stellen von „Christlichen“ besetzt.

14. In der Vorstandssitzung vom 10. Dezember 1908 waren Arbeitervertreter und deren Erfahrmänner zu wählen für die Geschäftsausschüsse Bochum, Dortmund, Essenkirchen und Herne. Mit Ausnahme von zwei Erfahrmännerstellen, die von Verbändlern besetzt wurden, fielen sämtliche Ämter den „Christlichen“ zu, indem sie sich gegenseitig dazu vorschlugen und mit Hilfe der Werkbesitzer wählten.

15. Am 18. Juni 1910, also kurz vor der Generalversammlung und dem Hinauswurf der „Christlichen“ aus dem Knappschaffsvorstand, retteten sich die Werkbesitzer noch die „Christlichen“ Raffe und Rorte als Arbeitervertreter in die Geschäftsausschüsse Essen und Oberhausen. An diesem Tage wurden die genannten noch einmal mit Beihilfe in jene Ausschüsse gewählt. Es war der letzte Liebesdienst, den die Werkbesitzer ihren getreuen Fribolinen erweisen konnten, wenigstens soweit es sich um deren Heranziehung als „Arbeitervertreter“ handelt. Im übrigen werden die traurigen „Arbeitervertreter“ für ihre den Werksherren geleisteten Dienste ihren Lohn ja noch erhalten, sei es durch Anstellung als Oberälteste oder sonstwie.

So haben Werkvertreter und „Christliche“ zusammen gearbeitet, um eine wirksame Arbeitervertretung aus den Ausschüssen usw. fernzubalzen. Nun ist das vorbei! Diejenigen, die die Verbandsvertreter an die Wand drücken wollten, sind jetzt ausgeschaltet, haben „nir mehr zu seggen“. Hoffentlich bleibt es so für immer. Denn auch der Verband kann schließlich nicht anders handeln, als nach dem sehr bekannten Grundsatze: „Wie du mir, so ich dir!“ Immerhin werden die christlichen Arbeiter auch selbst noch herausfinden, daß die Verbandsvertretung wirksamer die gesamten Arbeiterinteressen zu wahren weiß, als jene Leute, die mit den Werkbesitzern sozusagen durch dick und dünn gingen und die sich nur in sehr seltenen Fällen daran erinnern haben, daß sie zu Vertretern der Arbeiter gewählt waren.

Der Heinrich-Brief.

Der Heinrich-Brief, den der „Bergknappe“ kürzlich veröffentlichte, hat unter der Ruhrbergarbeiterschaft große Heiterkeit hervorgerufen. Allseitig ist man der Meinung, daß die Gewerksvereinsleitung mit der Erfindung einer solch blödsinnigen Mäuserpistole gewiß keinen Reichtum erzielt hat. Nur Organe, die dem „Bergknappen“ noch nahe stehen und von denen der christliche Delegierte Vierer-Dortmund auf der Geheimkonferenz des Gewerksvereins sagte, daß bei ihnen jeder Schund abgeladen werden kann, z. B. die „Exermonia“ u. a., haben den Versuch gemacht, den erheuchelten „Bergknappen“ zornig auf andere Bergarbeiter zu übertragen mit dem Erfolg, daß der „Bergknappe“ und seine politischen Trostredner als die blamierten Europäer dastehen. Der „Schurkenstreich“, den diese Frommen dem Verband an den Hals hängen wollten, bleibt bei den verbeulenden Entdeckern und Veröffentlichern des Heinrichbriefes hängen. Die schmutzige Kugel, die uns treffen sollte, ist an uns abgeprallt und hat den noch schmutzigeren Schützen in den Sand gestreckt. Das war schon geschehen von der Stunde an, wo unsere Kameraden Husemann und Waldhacker auf dem Gewerksvereinsbureau Einsicht in den Heinrichbrief verlangten.

Der „Bergknappe“ unterschlägt seinen Lesern den Besuch Husemanns und Waldhackers auf dem Gewerksvereinsbureau!!!

Auch von unserer Einladung, mit dem Heinrich-Brief nach Bochum nach dem Verhandlsgebäude zu kommen und den Brief mit den auf dem Bergarbeiterverbandsbureau vorhandenen Schriftstücken der Beamten, Vertrauensleute und sonstigen Korrespondenten des Verbandes zu vergleichen, hat die christliche Gewerksvereinsleitung keinen Gebrauch gemacht!!!

Warum nicht, kann ja jedes Kind herausfühlen. Denn dann stellte sich der infame wie blödsinnige Schwindel der Gewerksvereinsleitung zu früh heraus. Der Gewerksvereinsleitung sucht noch erst die Dummheit, bei denen er mit dem Briefe noch Geschäfte machen kann. Ein Königreich für einen Wahltrieb für die Knappschaffswahl, hat man im Gewerksverein ausgerufen! Da kam der Heinrichbrief, den man mit allerhand dunklen Andeutungen verdrängt hat, um so mehr Glaubwürdigkeit für sich zu erschaffen. Die schwarzen Falschmünzer gerieten aber in die Falleisen, die die anderen gestellt, und zwar dadurch, daß die Gewerksvereinsleitung sich mit dem Heinrich-Brief jetzt schon gründlich festgelogen hat!

Und das ist so gekommen. Im „Bergknappen“ war behauptet worden:

„Auf durchaus ehrliche Weise ging dem christlichen Gewerksverein folgender Brief eines führenden Mitgliedes des alten Verbandes an einen anderen Verbandsführer zu, der für Dortmund ganz besonders interessant ist.“

Jeder, der lesen kann, muß aus diesen Stellen erkennen, daß die Gewerksvereinsführung bezw. der „Bergknappe“ freischweg behauptet, daß der Briefschreiber wie der Adressat führende Stellen im Verbandsvereins nehmen. Der „Heinrich“ aus Dortmund, der Schreiber und Adressat wären, wenn sie überhaupt vorhanden, nach obigen Darlegungen dem „Bergknappen“ bekannt!

Nun kommt etwas, was die Geschichte schon besser beleuchten hilft. Da der „Bergknappe“ einen „Heinrich“ aus Dortmund schreiben läßt, legen Husemann und Waldhacker Schriftstücke der drei führenden Verbändler vor, die den Namen Heinrich tragen und in Dortmund wohnen. Es waren das die Schriftstücke der Verbandsbeamten: Bezirksleiter Heinrich Bartels, Vertrauensmann Heinrich Wähler, Arbeitersekretär Heinrich Stille.

Andere führende Verbändler mit dem Vornamen Heinrich gibt es in Dortmund nicht. Auch diese Tatsache ist der Gewerksvereinsleitung mitgeteilt worden.

Die Gewerksvereinsbeamten sahen sich die Schriftstücke der drei wirklich vorhandenen Heinrichs an, konnten aber eine Identität dieser Briefe mit der Schrift ihres „Heinrich“ nicht herausfinden. Die drei Genannten sind also nicht die Schreiber des fabelhaften Briefes.

Und dennoch läßt die Gewerksvereinsleitung und der „Bergknappe“ die Deffentlichkeit noch immer in dem Glauben, daß der Schreiber des Heinrich-Briefes ein führender Verbändler aus Dortmund ist!

Diese Gemeinheit besagt schon genug. Und was den „Brief eines führenden Verbändlers aus Dortmund“ anbelangt, so ist:

diese Fälschung des Gewerksvereins nunmehr offenbar!

Aber es kommt noch besser. Brust sagte schon von der heutigen Gewerksvereinsleitung, daß sie das Pulver nicht erfunden hätte! Und mehr wie einmal hat es sich gezeigt, wie sich die Herrschaften von der Schühnenbahn in Essen in die eigenen Netze verstrickten.

Der „Bergknappe“ behauptet in seiner Nr. 36 vom 3. September, in der er den Brief abdruckt, der Brief sei von dem „Heinrich“ aus Dortmund an einen anderen Verbandsführer gerichtet! Nach dem 3. September hat die Gewerksvereinsführung aber eine Erklärung in der Zentrumszeitung erlassen, die wie folgt lautet:

„Die sozialdemokratische Presse („Volkstblatt“ in Bochum vom 2. September) behauptet, der vom Gewerksverein veröffentlichte Brief sei von uns gefälscht. Die Herren werden Gelegenheit erhalten, diese Behauptung vor Gericht zu beweisen. Der verantwortliche Redakteur des „Bergknappen“ wird das sozialdemokratische „Volkstblatt“ wegen dieser Unschuldigung verklagen. Die Angelegenheit wird also gerichtlich erledigt werden. Das würde den Genossen so passen, diesen für sie unangenehmen Brief durch Lügen und Schimpfen aus der Welt schaffen zu können. So weit sind wir doch noch nicht. Die Gerichtsverhandlung wird hoffentlich auch über die in diesem Briefe angeordneten Vorkommnisse Aufklärung schaffen, z. B. welche fünf Personen es sind, die, wenn zwei etwas sagen, alles ablegen sollen.“

Zu der Erklärung der beiden Angeklagten des Verbandes, Husemann und Waldhacker, in der sozialdemokratischen Presse, bemerken wir, daß für den Gewerksverein gar keine Ursache bestand, denselben den Brief vorzulegen.

Für uns war hierbei entscheidend, nicht nur den Schreiber und Adressaten des Briefes genau und zweifelsfrei festzustellen, sondern auch die Aussicht zu behalten, die beiden anderen Personen zu fassen, von denen der Briefschreiber spricht. Durch vorzeitige und ungezielte Bekanntgabe des Briefschreibers hätte dieses aber vereitelt werden können.

Diese Erfahrungen des 30 000 Mark-Prozesses haben uns sehr vorfichtig gemacht.

Noch einmal: der Brief ist echt, er ist ferner auf einwandfreie Weise in unseren Besitz gelangt. Das und anderes wird gerichtlich festgestellt werden.

Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Also geht aus dem Brief hervor, daß die Gewerksvereinsleitung unseren Kameraden Husemann und Waldhacker deshalb den Brief nicht zeigen wollten, um nicht durch vorzeitige und ungezielte Bekanntgabe des Briefschreibers die Ermittlung des Schreibers und des Adressaten des Heinrichbriefes genau und zweifelsfrei festzustellen!!!

Der „Bergknappe“ vom 3. September wurde noch im August gedruckt und versandt. Dennoch schrieb die Gewerksvereinsführung in der Nr. 36 des „Bergknappen“ vom 3. September,

sie hätten einen Originalbrief von einem Verbandsführer aus Dortmund mit Vornamen Heinrich in der Hand, der an einen anderen Verbandsführer gerichtet worden sei.

Nun eine Woche später erzählte die Gewerksvereinsleitung, daß sie auch den Adressaten noch nicht kenne, ihn erst ermitteln und feststellen wolle!

Ist das nicht köstlich? Noch ist das Original des Briefes — wenn es überhaupt da ist, rührt es von keinem Verbändler her — nicht von uns eingesehen, auch ist es noch nicht in Possession veröffentlicht, und schon fängt

die Gewerksvereinsführung an, in ihrem eigenen Schwindel zu erstickern.

Lügen haben kurze Beine, aber das ist solch kurze Beine, wie wir oben sahen, hätten wir uns nicht träumen lassen. Immerhin, wir waren nun auf die Nr. 37 des „Bergknappen“ gespannt. Nach dem Aufwand von Kräfteverschwendung, die der „Bergknappe“ sonst bei jeder geringsten Kleinigkeit gebraucht, wenn es sich darum handelt, dem Verband ein auszuwählen und nach der Willkür, mit starken Letzern durczugogenen Einleitung mit dem Heinrichbrief in Nr. 36 des „Bergknappen“, waren wir da, als der letzte „Bergknappe“ uns zu Gesicht kam. Auf jeder Seite läßen sich leicht Beschimpfungen und Schwindel-Artikel ab. Längst verstorbenen Ältesten werden Sünden angehängt. Eine Reihe Ältester, die mit dem Verbands nicht mehr zu tun haben, sollen dies und jenes gemacht haben. Alles aber wird dem Verband an die Nockhöhe gehängt! Ein ganzer Satz von entstellten, acht W.-Glabbacher, Jahre hindurch angesammelter Sitate, ist im letzten „Bergknappen“ ausgeschüttet worden und vielfach solche, die nicht wert sind, daß man sie auch nur ein Tropfen Tinte verstreuen wird, aber von dem Heinrichbrief sagen und fanden wir nichts, bis wir endlich auf der sechsten Seite folgende Erklärung an verdrückter Stelle entdeckten:

„Zum Brief des Genossen „Heinrich“.“

Die Genossen behaupten, der von uns in der vorigen Woche veröffentlichte Brief von dem Genossen „Heinrich“ sei Schwindel. Demgegenüber betonen wir, daß der Brief echt ist. Unser Redakteur Heinrich Zmbusch hat bereits einen Anwalt mit der Einreichung der Verleumdungsklage gegen den Redakteur des sozialdemokratischen „Volkstblatts“ Bochum beauftragt, weil das genannte Blatt behauptete, der Brief sei gefälscht. Der Prozeß wird die Gelegenheit geben, die Angelegenheit einwandfrei klarzustellen.

Im übrigen müssen wir darauf hinwirken, daß wir eine weitere Aufklärung über die Angelegenheit erst geben, wenn wir es für richtig halten, und nicht, wenn es den Genossen paßt. Für die ganze Bergarbeiterbewegung steht hier viel auf dem Spiel. Wir wollen versuchen, auch die in dem Brief genannten Stellen zu fassen und unsere Haltung danach einrichten. Aus wichtigen Gründen müssen wir die in dieser Nummer beabsichtigte Veröffentlichung einer Photographie des Briefes auch noch unterlassen.“

In der vorhergehenden Nummer des „Bergknappen“ der freisendende Berg und in der darauffolgenden Nummer dieses literarische Kausalein! Jüngst ist dem „Bergknappen“ an zu dümmern, was er getan hat, oder will er in nächster Nummer, als direkt vor der Wahl, erst mit Brief und Sprache herauszudecken?

Was die obige leere Erklärung nun besage, damit kann der „Bergknappe“ keinen Staat machen. Gewerksvereinsseitig ist dem „Volkstblatt“ schon früher Mitleid angedrückt worden, aber man hat sich gebückt, damit in Wirklichkeit herauszukommen. Wie auch wir schon öfters mit Klagen bedroht wurden, zuletzt noch von Frau Behrens, ohne daß es so weit kam. Decere Trohungen, die keinen Zweck mehr haben dem Eten herbeizuführen! Und wenn es schließlich so weit kommen sollte, dann ist es der Gewerksverein, der, wie immer, Paare lassen muß.

Weitere Aufklärung will der „Bergknappe“ und die Gewerkschaften geben, wenn es ihnen paßt. Das ist Gaunerart.

Wird der Gewerksverein in letzter Stunde mit seinem „Tritt“ kommen, dann werden die Ruhrbergleute wissen, was sie zu tun haben.

Dann ist es recht offenbar, daß es sich um eine gemeine Wahlmasche handelt, angewendet in der Bergwelt, am 17. September vom Verbande zu Boden geworfen zu werden. Im übrigen sind auch wir offen genug, den Scheinbrief als einen Gaunertrick zu bezeichnen. Hier haben keine ehrlichen Menschen die Hand im Spiel, sondern christliche Verleumder und Fälscher, die im Gewerksverein seit Jahren für Unwesen treiben. Wille, die Klage auch gegen uns — — —

Sue und die Bergarbeiter.

Die Rede gegen Sue durch den „Bergknappen“ hat jenen Grad erreicht, wo das Wallen der Vernunft längst aufgehört hat. Diese Rede wird in den Kreisen aus: Sue darf nicht wieder in den Reichstag gewählt werden! Warum wohl nicht? Diese Frage läßt sich sehr leicht beantworten: Weil er nicht für Wohlwörter und Mäßigkeitsprediger eingetretten ist, weil er nie den Bedenkenkapitalisten, den Wahlrechtshütern beifrang, so wie es die „Bergknappenleute“ taten. Weil er stets zu den Bedrückten, vornehmlich für die Bergarbeiter, eintrat, darum müßten die „Bergknappenleute“ lieber einen Vertreter der Großindustriellen und Wohlwörter im Reichstag sehen, als Sue, das hat Wehrens, und das hat der „Bergknappe“ ausgesprochen!!!

Lieber einen Arbeiterfeind als Sue!

Aber Sue soll auch deshalb heraus aus dem Reichstag, weil er sich zu wenig an den parlamentarischen Arbeiten beteiligt hat. Sue's Reden und Taten strafen diese Behauptung Lügen. Lassen wir einige Tatsachen reden, bei denen die Bergleute in Frage kommen.

Dito Sue hat im Reichstag 1904 beantragt, aus Reichsmitteln als erste Rate 150 000 Mark zur

Unterstützung der invaliden Wurmkranken

und zur besseren Erforschung der Wurmkrankheit zu bewilligen. Sue begründete den Antrag in eingehender Weise, indem er die Einschleppung der Wurmkrankheit durch die Wurzeln der Erde und die Leiden der wurmkranken Bergarbeiter schilderte. Was geschah? Die Unterstützung der invaliden Wurmkranken wurde von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum abgelehnt!!!

Sue hat 1905 in der sozialdemokratischen Fraktion beantragt und es war infolge dessen von dieser schon beschlossen worden, bei der Statberatung eine Summe von etwa

500 000 Mark aus Reichsmitteln für die von der Explosion betroffenen Einwohner von Witten-Annen zu fordern! Wenn hunderte Millionen Mark da sind zum Verpulvern in Kolonien, dann muß das Reich auch seine vom Unglück heimgeführten Bürger unterstützen. Ferner hatten Sue und Bülow sich schon vorbereitet zu einer Besprechung der Ursachen und Folgen der Ruhrerzählung, wobei die Art und Weise, wie bei uns Sprengstofflager in unmittelbarer Nähe der Wohnungen angelegt werden, gebührend geprüft worden wäre. Leider hat die Reichstagsaufsicht die Kameraden Sue verhindert, diese für die Witterer Bevölkerung so wichtigen Dinge zu besprechen.

Sue's Tätigkeit für die Bergarbeiter

Im Reichstag ist wiederholt auch von Gegnern anerkannt worden. In dem Bestreben, endlich die Berggesetzgebung dem durchaus arbeiterfeindlichen Landtage zu entziehen, hat die sozialdemokratische Fraktion schon 1894 beantragt, ein Berggesetz zu schaffen. Bei der Beratung des Bürgerlichen Reichstages beantragte die Sozialdemokraten vergeblich, auch die Bergarbeitergesetzgebung von Reichs wegen zu regeln. Konservativ, Nationalliberal und Zentrum lehnten den Antrag ab! In der Reichstagsitzung vom 13. Januar 1904 brachte Sue die Einschleppung der

Wurmkrankheit

zur Sprache, verlangte bessere Schutzmaßnahmen, humanere Behandlung der wurmkranken Bergleute und forderte aus Reichsmitteln für die dauernd arbeitsunfähig Verfallenen, soweit sie keine sonstigen Renten oder Pensionen bezögen, eine Geldunterstützung. Die Unterstützung der Wurmkranken wurde von der Reichstagsmehrheit (Konservativ, Nationalliberal, Zentrum) abgelehnt!

In der Reichstagsitzung vom 17. Februar 1905 brachte Sue neue Klagen über die Behandlung der Wurmkranken vor. Der Regierungsvertreter versprach, es sollten keine „Wendeluren“ mehr gestattet werden und stellte eine Denkschrift über die Entstehung, Ausbreitung und Bekämpfung der Wurmkrankheit in Aussicht. Die Denkschrift ist auch erschienen.

Die Besenmischstände und das aufreizende Verhalten der „nationalen“ Besenbesitzer entsetzten im Januar 1905 den gewaltigen

Generalfreie der Ruhrbergleute.

Erst nachdem die „nationalen“ Grubenkapitalisten jede Verhandlung mit Arbeitervertretern abgelehnt hatten, traten 200 000 Bergleute, ohne Unterschied der religiösen und politischen Gesinnung, in den Kampf ein. Die nationalliberale Besenbesitzer verkehrte und heulte infam gegen die Arbeiter, so arg, daß dagegen sogar Polizeiverwaltungen das ruhige Verhalten der Bergleute konstatierten. Da sich das Unternehmertum trotz auf den Herrenstandpunkt stellte und erklärte, lieber Millionen verlieren zu wollen, als mit den Arbeitern zu verhandeln, beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Regierung zu interpellieren (zu fragen), was sie tun wolle, um den gewaltigen Streit zu beenden und den Bergleuten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Diese Interpellation begründete Sue am 20. Januar 1905 im Reichstag in einer großen Rede, die so starken Eindruck machte, daß auch die nichtsozialdemokratische Presse schrieb:

Sue habe durch seine sachlichen, eindringlichen Darlegungen den Bergleuten neue Sympathie erworben und ihnen einen großen Dienst erwiesen.

Reichstagskanzler Fürst Bülow trat gegen die Bergleute als drohender Säbelracker auf, ihn wurde aber auch von bürgerlicher Seite gelacht. Sue's Rede sei so jählich gewesen, daß Bülow gar keinen Anlaß zum Säbelracker gehabt hätte. Die Regierung hätte besser sofort gegen die das Gemeinwohl durch ihre Selbstherrlichkeit lähmenden Besenkapitalisten aufzutreten sollen. Schließlich konnte sich die Regierung dem Druck der öffentlichen Meinung nicht entziehen und kündigte ein Bergarbeitergesetz an.

Die Borussaffäre

Wird von dem „Bergknappen“ angegriffen, weil bei Eröffnung der Sitzung angeblich nicht genug Sozialdemokraten im Reichstagsaal erschienen waren. Sue hat aber, und das bestätigt der „Bergknappe“ seinen Reim mitzuteilen, denn am 10. Februar 1905 im Reichstag ausführlich über die Borussaffäre berichtet. Ferner allgemein über die Besenmischstände, die Arbeiterabwertung, das Lohnbrücken, die Sperre der Besenbesitzer, Sue hat in einer scharfen Anklage die Ursache der vielen Unfälle aufgedeckt. Nur der nationalliberale Besenbesitzer, Herr Wg. Weimer, wagte es, die Besenbesitzer in Schutz zu nehmen. In der Reichstagsrede wurde es so dargestellt, als ob die Besenbesitzer die Bergarbeiter selbst seien. Auch die Besenbesitzer „Trennung“ hat nach dem Borussaffäre behauptet, die Besenbesitzer seien schuldlos, also hätten die Arbeiter das Unrecht zu verantworten!!!

In der Reichstagsitzung vom 25. Mai 1905 stellte Sue, Böhmert, Weimer und Genossen den Antrag, das Reichsverversicherungsamt solle auf Grund des § 112 des Unfallgesetzes energisch auf

Einführung von Rettungsapparaten usw.

in der Besen bringen, damit kein deutsches „Courrieres“ entsteht. Sue's Reden da Giesberts und Genossen (Zentrum) einen Antrag zu stellen, die Angelegenheit wieder den Landesbehörden, d. h. den Landesparlamenten zu überlassen — von dem die Bergleute nichts Gutes zu hoffen haben — Vertrag! Sue und Sachse wiesen Herrn Giesberts nach, daß der Antrag nicht den Forderungen der Bergleute entspricht, die von dem Reichstag gesetzlich geregelt wissen wollen. Herr Giesberts horie nicht darauf, für Giesberts traten auch die Konservativen und die Nationalliberalen (!) ein und so wurde der bessere Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, der schlechtere Zentrumstrategie. Wiederrum ein Beweis, daß das Zentrum christlich gar kein Berggesetz will. Ernüchtert für ein Berggesetz

tritt nur die Sozialdemokratie ein. Das ist nicht zu bestreiten. Vollständig vernachlässigt hat die Gesetzgebung bisher die

Hütten- und Walzwerksarbeiter!

In welcher schmerzlichen Lage die Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie, speziell in den Feuerbetrieben, sich befinden, das brachte Sue schon am 18. März 1904 im Reichstag kurz zur Sprache. Sue forderte eine gesetzliche Beschränkung der Schichtzeit für die Hüttenleute, bessere Entlohnung, bessere Kranken- und Pensionsgelder, bessere Unfallversicherung. Der nationalliberale Generalsekretär Weimer nahm natürlich die Hüttenbesitzer in Schutz. Auch der Zentrumsaabgeordnete Siebel behauptete noch, Sue habe zu schwarz gemalt. Inzwischen sammelte Sue neues Material und ergriff in der Reichstagsitzung vom 6. Februar 1905 das Wort zu einer großen

Anklage gegen die Hüttenkapitalisten!

Sue ist der erste Reichstagsabgeordnete, der im Parlament den Schleiern von den schweren Missetaten in den Hütten-, Gußstahl-, Walz- und Hammerwerken hob!!!

Die sozialdemokratische Partei forderte ein Hüttenarbeiterchutzgesetz, stellte Anträge, die die Regierung aufnahm, Erhebungen über die Lage der Hüttenarbeiter aufzunehmen. Der letzte Antrag wurde angenommen. Damit hatte die sozialdemokratische Partei den ersten Anstoß für ein Hüttenarbeiterchutzgesetz gegeben.

Sue nahm am 26. November 1905 das Wort und verlangte eine Erleichterung der schwebenden Erzsatzuhr für die deutsche Industrie. Er ist also nicht industriefeindlich.

Am 17. Februar 1904 forderte Sue von der Regierung energische Maßnahmen

gegen die im Ruhrbecken aufgetretene Genickstarre.

Das Gebiet des allgemeinen Schutzes der Volksgesundheit beirat Sue in seiner Reichstagsrede am 10. Februar 1904 über die

Gesellschaftlicher Typhusepidemie!

Diese Epidemie hatte 1901 im Bezirk Gelsenkirchen circa 300 Sterbefälle und etwa 3000 Erkrankungen zur Folge; sie brachte Elend und Trauer in viele Familien, fügte zahlreichen Bürgern auch schweren materiellen Schaden zu.

Mit ganz besonderem Nachdruck, der auch von Gegnern lobend anerkannt worden ist, hat Sue die Interessen der durch die

Bedenksstellungen im Ruhrthal

schwer bedrohten kleinen Leute, Arbeiter, Geschäftsleute, Landwirte, Handwerker usw. im Reichstag in der Sitzung vom 21. April 1904 wahrgenommen.

Ueber Sue's Rede schrieb das christlich-soziale „Meiß“, er habe in warmer Weise für den kleinen Mann gesprochen. Der „Evangelische Arbeiterbote“ (Gattingen) schrieb,

Sue's Rede sei anzuerkennen, er habe auf gesprochen für die bedrohten Bürger, Bauern und Arbeiter im Ruhrthal!!!

Und der „liberale“ Wahlagitator, Herr Poppäbter, Witten, sagte in einer Wittener Bürgerversammlung:

„Sue's Rede für die bedrohten Gemeinden und Bürger war so gut, daß ich bedaure, daß kein bürgerlicher Abgeordneter so gesprochen hat!“

Diese Stimmen aus gegnerischen Kreisen sind doppelte Anerkennungszeugnisse für die Tätigkeit Sue's als Volkstretter. Infolge dieser Aktion hat sich die Regierung doch um das Ruhrthal bekümmert.

Am 17. und 18. Januar 1905 kamen

Die bekannten Knappschaftsdebatten

im Reichstag vor. Sue und Sachse gelitten die Missetaten im Knappschaftswesen. Die Sue'schen Darlegungen machten großes Aufsehen, wie er überhaupt einer der Redner ist, die sich im Reichstag schon längst Gehör verschafft haben. Die bürgerlichen Redner konnten nicht umhin in der Sache dem sozialdemokratischen Redner beizupflichten. Herr Giesberts war darüber so ärgerlich geworden, daß er Sue vorwarf, eine „politische Agitationsrede“ gehalten zu haben! Die Debatten strafe G. der Unwahrheit! Hier war es auch, wo das Verhalten der Gewerksvereinsdeputation zur Sprache kam und wo die widerprechenden Behauptungen der Gewerksvereinsleitung und Giesberts'zulage traten.

„Gute wissen wir, daß die Gewerksvereinsdeputation ihrem von den christlichen Ruhrbergleuten aufgegebenen Auftrag anlässlich des Zustandekommens des neuen Knappschaftsgesetzes, so nachgekommen ist, daß ihre Haltung eine völlig ratlose war. Statt entschieden die Forderungen der Bergarbeiter zu vertreten, beschränkte sie sich sozusagen auf bemitleidenswertes Umsichsehen!!!“

Große Beachtung fand Sue's Rede zum

Sprachenparagrafen des Reichsvereinsgesetzes.

Er schützte die fremdsprachigen Arbeiter, dahingegen war es der Generalsekretär des Gewerksvereins, Herr Wehrens, der die fremdsprachigen Arbeiter mit vergeblichen halft!!!

Sue's Rede anlässlich der

Radbodkatastrophe und der „Schwarzen Listen“.

Die Dokumente für die Ruhrbergarbeiterbewegung bilden, werden noch in Erinnerung bleiben, wenn die Geschichte längst über die Zukunft und Konfession hinweggegangen ist.

Neben Sachse war es auch Sue, der am 1. April 1905 die

Frage der Sicherheitsmänner

im Reichstag einer scharfen Beleuchtung unterzog und in der dann auch die Geheimkonferenz der Ministerpräsidenten eine würdige Beachtung fand.

Gleichfalls bedeutend war Sue's Rede in der

Frage des Kohlenausfuhrzolls

in der er unarmherzig auch Kritik übte an der Anpflünderung des arbeitenden Volkes durch Bölle und Steuern! Sue wurde zur Ordnung gerufen, als er den bürgerlichen Parteien, vor allem dem Zentrum und den Konservativen vorwarf, das Christentum mit Füßen treten zu haben. Und als der konservative Abgeordnete Kreiß etwas von Unberücksichtigung verlauten ließ, traf ihn Sue's Sieb doppelt. „Sie Schnapsdirektor mit Ihren 50 000 Mark Einkommen haben natürlich kein Christentum nötig!“ Darum der Ordnungsruf.

Was Sue beim Kaiserreich und in der Kommission zur Beratung des Gesetzes getan hat, dazu werden die „Bergknappenleute“ in ihrem Leben nicht kommen, weil ihnen zwar das Geschäft der Verleumdung glatt von der Hand geht, aber die Griffe fehlt, um ähnliches, wie unser Kamerad, in praktischer Arbeit zu leisten! Einer der christlichen Herrschaften geriet in seiner Eitelkeit, die Ehre anderer Leute anzutaten, bei Gelegenheit des Kaiserreiches schämte unter die Näher. Das war Franz Wehrens, der bedauerndeste politische Hot- und Hülpsticker.

Was Sue beim Kaiserreich geleistet hat.

das hat der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Arning schon der Öffentlichkeit gesagt, der offen die außerordentliche politische Gewandtheit Sue's anerkennt! Sue's Reklame und seine Tätigkeit als Abgeordneter müße, so sagt Arning weiter, von jedem anerkannt werden, der Sue und seine parlamentarische Arbeit seit Jahren beobachtet hat. Dem Gesicht Sue's sei es mit zu verdanken, daß das Kaiserreich überhaupt zustande kam.

So, jetzt weiß man, warum die Imbusch, Wehrens und Genossen Sue lassen und ihn aus dem Reichstag haben möchten! Jedes weitere Wort der Verteidigung Sue's ist überflüssig, ebenso ein Eingehen auf die übrige Tätigkeit Sue's für die Bergarbeiter. Aber das eine steht fest, die Gewähr Imbusch werden bei der nächsten Reichstagswahl gewiß nicht Sue's Nachfolger werden!

Einen der Imbusch wollte man ja nicht einmal im Eiferer Wahlkreis zum Landtagsabgeordneten haben, soviel man sich auch seitens der Zentrumseitung in mehreren internen Konferenzen darum bemühte!

Und es waren Bergarbeiter, die den Herrn entschieden anstehen. Die Folge war, daß man in die Ferne mit diesem Kandidaten ging, da, wo man Imbusch nicht so kannte, wie im Eiferer Bezirk.

Die evangelischen Arbeiter und die „christliche“ Gewerkschaftszersplitterung.

In ihrer Angst um das Ergebnis der Knappschaftswahlen, die von dem schlechten Gewissen verursacht ist, versuchen die „christlichen“ Bergarbeiterzersetzer, mit allen Mitteln die evangelischen Arbeiter vor das gemeinsame Joch der Zentrums- und Besenvereinerung zu spannen. Mit sanfter Schmeichelei — „Ach müdest du, wie's lieblich ist“ — versuchen die „Christen“, die mißtrauischen „Evangelischen“ zu überzeugen, wie wohl es ihnen gehen werde „auf zechen-christlichem Grund“: „Du steigst hernieder, wie du bist und wurdst gleich gesund“.

Alle schweren Gebrechen am Gesellschaftskörper sollen verschwinden durch die Folgen der Verbrüderung zwischen Zentrumschristen und Besen!

Die evangelischen Arbeiter aber bleiben mißtrauisch, sie haben den Geist der „christlichen“ Gewerksvereinsleute zum Schaden der Arbeiterinteressen oft genug wirken gespürt. Und die verächtlich-frechen Drohungen der „Christen“ an die Besenunternehmer, daß der Gewerksverein ein Recht auf die Unterstützung der Kapitalisten habe, sagen ja allein deutlich genug, wie in das Kompromiß gegen den alten Verband dienen soll.

Um so „bezaubernder“ versucht die Gewerksvereinsleitung ihr Sirenenlied:

„Sie sprach zu ihm, sie sang zu ihm — —“

So wird auch die Stellungnahme der evangelischen Korporationen zu den christlichen Gewerkschaften erwähnt. Da der „Bergknappe“ das Gebiet berührt, ist es angebracht, es etwas genauer zu untersuchen.

Vor einer Reihe von Jahren fand ja eine „große Aktion“ statt, um eine Blutsvermischung zwischen den „christlichen“ Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen zu erzielen. Die Sache ging aber in die Brüche. Ein christliches Gewerkschaftsblatt schrieb darüber vor zwei Jahren:

„Wie das Resultat der gemeinsamen Aktion zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen vor zwei Jahren gezeigt hat, ist die übergroße Mehrzahl der Arbeitervereinsmitglieder für die Gewerkschaften nicht zu haben. Wie handelt ihr nun, wenn wir unsere Hoffnungen nach der Richtung hin um einige Löcher zurückstellen.“

Lieber die Frage der Stellung der evangelischen Korporationen zu den „christlichen“ Gewerkschaften hat der katholische Vikar an der St. Josephskirche in Wodum, S. W. Lindolph, unlängst eine Materialsammlung veröffentlicht, die den „Christen“ allerdings gar nicht paßt.

Greifen wir einiges heraus. Die evangelische Autorität, Lic. Weber, hat einmal, „um die Sache für immer abzutun“, „gründlich“ ausgeführt, daß „Rom“ aus mancherlei Gründen „unfähig“ sei, „die soziale Frage zu lösen“.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in M.-Gladbach hat von dem „widerlichsten Haß“ geschrieben, der „wieder einmal“ dem Schreiber im „Evangelischen Arbeiterboten“ die Feder geführt habe.

Als Diskussionsaufsatz für die Evangelischen Arbeitervereine wurden von dem Sächsischen evang. Arbeiterblatt eine Reihe von Zeitfragen aufgestellt, worin es unter anderem hieß: „Die christlichen Gewerkschaften sind in der Mehrzahl Zentrumsgründungen; ihr Wachstum stärkt den Einfluß des im innersten Wesen reichsfeindlichen Zentrums. . . . Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß Mitglieder freier Gewerkschaften ebenso gute Christen sein können, wie solche „christlicher“ Gewerkschaften. . . . Gewerkschaftliche Bewegung und Christentum haben nichts mit einander zu tun; Gewerkschaften müssen religiösneutral sein (wie ja auch die Arbeitgeber ohne Rücksicht auf Charakter und Gesinnung sich in Unternehmerverbänden vereinigen). Der Name „christliche Gewerkschaft“ ist vom evangelischen Standpunkt aus als falsch und anmaßend zu verwerfen. . . . Unsere Vereine dürfen gegen die „freien“ Gewerkschaften keine feindliche Haltung einnehmen.“

Vom Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine schreibt Lindolph:

„Der größte Verband evangelischer Arbeitervereine in Deutschland wird die christlichen Gewerkschaften in irgend namhafter Weise nicht fördern; diejenigen Protestanten aber, die den christlichen Gewerkschaften ihre Unterstützung angeheben lassen, tun das, um diese protestantischen Interessen dienlich zu machen, und weil sie glauben, in ihnen wertvolle Hilfstuppen im Kampfe gegen den verhassten „Ultramontanismus“ erblickt zu dürfen.“

Und vom Evangelischen Arbeiterbund (Wodum) sagt der Vikar:

„So können wir denn als Ergebnis unserer Darlegungen festhalten, daß auch von dieser Seite aus den Reichsen der evangelischen Arbeiter eine Förderung der christlichen Gewerkschaften nicht erwartet werden kann.“

Zu ähnlichen Urteilen kommt der katholische Geistliche auch bei den anderen Korporationen:

„Der deutsche Protestantenverein hat zurzeit über 20 000 Mitglieder, die, nach den gemachten Ausführungen zu schließen, die evangelischen Arbeiter zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften schwerlich auffordern werden.“

Am Schluß seiner Materialsammlung kommt Vikar Lindolph zu folgender Zusammenfassung:

„Die Hoffnung, auf diese Weise einen großen Block katholischer und evangelischer Arbeiter zu bekommen, hat sich, soweit wenigstens die evangelischen Arbeiter in Frage kommen, nicht erfüllt. Die in evangelischen Arbeitervereinen organisierten evangelischen Arbeiter werden momentan auf 140 000 angegeben. Auf den Gesamtverband entfallen davon nach den letzten Zählungen 97 227, auf die Wodumer Richtung 10 000, auf den Württembergischen Landesverband 5 000, auf den Landesverband in Bayern 16 000 Mitglieder. Das sind zusammen 128 227 evangelische Arbeitervereinsmitglieder. Wir haben den Nachweis geführt, daß die genannten Verbände ein christliches und offenes Eintreten für die christlichen Gewerkschaften ablehnen. Nur der Verband der evangelischen Arbeitervereine für Berlin und Umgebung tritt unter Führung von Lic. Wumm offen und rücksichtslos für christliche Gewerkschaften ein. Also von 140 000 nur ein Verband mit 1 000 Mitgliedern.“

So sehen wir also, daß die Mitglieder der Evangelischen Arbeitervereine von ihren berechtigten Mißtrauen gegen die Zentrums-Gewerkschaften nicht ablassen. Wie sehr sie Grund dazu haben, hat ja auch ein anderer katholischer Schriftsteller in einem „Promemoria“ zum zentralen missionarischen Gewerkschaftsausschuß ausführlich, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, aber vor kurzer Zeit doch bekannt geworden ist:

„Tatsächlich ist M.-Gladbach eine spezifisch katholische Institution, tatsächlich ist M.-Gladbach der Schöpfer und geistige Leiter der Gewerkschaften.“

„Bei noch so großem Entgegenkommen in Vergebung der Leiden den Stellen zweiten und dritten Ranges“ könne die unbehagliche Stimmung und der Mangel an Mitarbeitersolidarität auf der anderen Seite“ nicht beseitigt werden.

„Gefürten ja auch von der circa 300 000 Köpfe zählenden gewerkschaftlichen Organisation 1/3 der katholischen, 1/3 der evangelischen Konfession an. Und dabei macht die katholische Bevölkerung 1/3, die evangelische 1/3 des deutschen Reiches aus.“

Und bei Windolph heißt es:
„Sollte die Zahl von 50 000 (evangelischen Mitgliedern der
Christlichen Gewerkschaften), von welchen in der letzten Zeit einmal
schätzungsweise gesprochen wurde, wirklich den Tatsachen entsprechen,
so wäre das für ein zehnjähriges Liebeswerben immer noch ein recht
klägliches Resultat.“

Bekanntlich sind ja auch die Evangelischen in den „Christ-
lichen“, Gewerkschaften nur „auf Kündigung“ geduldet! Eine
übrige Gruppe im katholischen Klerus will die „grünliche“
paritätische, interkonfessionelle Vermischung und Verwischung in
den „Christlichen“ Gewerkschaften nicht. Und da Giesberts,
der „herrliche Sohn von Strahlen“, früher einmal betonte, daß
die konfessionellen Arbeitervereine die Grundlage der „Christ-
lichen“ Gewerkschaften seien und dabei wußte, wenn er es auch
nicht aussprach, daß die katholischen Arbeitervereine vom Klerus
beherrscht werden, hat er auch ausdrücklich seinen Gehorsam gegen
die kirchlichen Oberen bekundet. In seiner Schrift: „Friede
im Gewerkschaftsstreit“ sagt Giesberts:

„Wenn ein Zusammenarbeiten von Katholiken und Evange-
lischen, wie es in den christlichen Gewerkschaften geschieht, nach
den Rechten unserer heiligen Kirche nicht erlaubt ist, so mag eine aller-
höchste Entscheidung es generell verbieten. Man wird in uns
gehörigste Katholiken finden.“

Wenn also die Zentrums-gewerkschaften nicht genau und
konsequent wollen, was der katholische Klerus will, fordert dieser
Gehorsam und die Evangelischen werden dann vollends aus der
„Kubenerneinade“ herausgeworfen —

So mag denn der „Christliche“ Gewerksverein in seinem
Liebeswerben um die Gunst der Evangelischen fortfahren. Sicher
werden diese die aufgewandte Mühe richtig einschätzen. B.

Arbeiter-schädigende Kampfweise der
Polnischen Berufsvereinigung.

Ein polnischer Kamerad schreibt uns:
Zu der Knappschafswahl hat die Polnische Berufsvereinigung
einen Verleumdungskampfbau gegen unseren Verband in Szene
gesetzt, der sich von der „Christlichen“ Art nicht viel unterscheidet.
Die letzten beiden Nummern des polnischen Organs „Glos Gor-
niska“ sind fast vollständig gefüllt mit Kampfsartikeln gegen
unseren Verband und ganz besonders gegen die Sozialdemokratie.
In den Flugblättern dasselbe Spiel. Die „Christlichen“ Ver-
räter und die Kapitalisten werden gescholten, aber die „bösen
Poten“ werden „kurz und klein“ geschlagen.

Belächelnde Artikel über Siederbrütsmäner und Knapp-
schafsanangelegenheiten fehlen fast ganz; davon versteht man
wenig oder nichts in der Polnischen Berufsvereinigung. Und
doch hätte man nach dieser Richtung hin sehr viel zu tun. Es
haben nämlich schon verschiedene gewählte polnische Kesteste
die Prüfung nicht bestanden, weil die Zeitung der Polnischen Berufs-
vereinigung Reichsverbandsklagen-Broschüren unter den Mit-
gliedern zur „Bildung“ verbreitet, anstatt Broschüren über die
knappschaflichen und bergmännischen Angelegenheiten.

Wielfach
gegen den Willen der Mitglieder

hat der Vorstand der Polnischen Berufsvereinigung Kestesten-
kandidaten aufgestellt, auch dort, wo gar keine Aussicht ist, die-
selben durchzubringen. Der Vorstand will wohl dadurch er-
reichen, daß ehrliche Arbeiter — die Mitverbändler unterliegen
und an deren Stelle

zehen-christliche Arbeiter-schädlinge gewählt
werden! Das bedeutet aber doch Verrat der Arbeiterinteressen.

Doch sind die Führer der Polnischen Berufsvereinigung ja schon
daran gewöhnt, Arbeiterfeinden die Steigbügel zu halten. Hat
doch Sosinski bei der Reichstagswahl in Posen sich von den
abstigen Junkern als Reichstagskandidat aufstellen lassen, gegen
seinen eigenen Kollegen St. Nowicki, der von der polnisch-demo-
kratischen Richtung und von den Mitgliedern der Polnischen Berufs-
vereinigung schon als Kandidat aufgestellt war!!! Die
eigenen Mitglieder haben Sosinski dafür einen Arbeiterschädling
und Verräter genannt — trotzdem ist er heute noch Vorsitzender
der P. B. B. und durch seine Lügenbroschüren werden die pol-
nischen Kameraden ständig gegen unsere Verbandsmitglieder auf-
gehetzt!

Sachliche Vorwürfe gegen den Verband weiß man nicht an-
zubringen, deshalb werden nur allgemeine Phrasen gegen uns
vorgebracht. Da heißt es: Die Polen werden von den Deutschen
ständig mit Fußtritten traktiert,

deshalb dürfe kein Pole einen Verbändler wählen! Wer, wo,
wann und von wem man aus unserem Verband mit Fußtritten
traktiert wurde, das sagt man nicht, weil man für die nichts-
nützige Behauptung auch nicht den geringsten Beweis hat.

Ein anderes Schlagwort gegen uns ist die nun schon zum
Stel wiederholte Phrase von der polnischen Lausnische be-
schimpft haben. Das ist eine freche Verdrehung und Lüge zugleich.
Es handelt sich in diesem Falle nicht um eine Beschimpfung der
polnischen Bergleute durch uns, sondern um das Gegenteil. Wir
haben ein Zitat aus dem Organ der P. B. B. gebracht, um zu
zeigen, wie unsere polnischen Kameraden von den Führern der
P. B. B. beschimpft werden. In diesem Zitat befindet sich das
Wort „maciejówka“ (ist polnische Landsmilch). Aus der Land-
milch ist durch Begünstigung des „d“ eine Lausnische gemacht
worden und dieses „Verbrechen“ wird uns nun ständig vorgehalten.
Hieraus kann man ersehen, wie frantphast man dort nach Ar-
gumenten gegen uns sucht, um der Arbeiterschaft zu schaden.
Kameraden, sagt den Verleumdern, daß der Artikel nicht von
uns, sondern von ihnen stammt, wo die polnischen Arbeiter be-
schimpft werden. Keiner von uns hat Lausnische gesagt, sondern
es ist von dem Ueberleber das Wort Landsmilch eingeschaltet,
um die „maciejówka“ auf deutsch zu erklären.

Eine weitere Nichtmündigkeit der P. B. B. gegen uns ist
die Behauptung — wir hätten die

Zwei Namen auf dem Knappschafsstimmzettel

durchaus wieder durchgesetzt, damit wir Namen polnischer Berg-
leute als „Föder“ benutzen können, indem wir dort, wo viele
Polen sind, einen polnisch klingenden Namen als Ersatzmann
brauchen, um die polnischen Bergleute als „Stimmvieh“ zu
mißbrauchen“. Der polnische Ersatzmann käme niemals zum
Ausdruck, er wäre nur der Verräter seiner Landsleute usw.

Diese Verleumdung gegen uns wird systematisch verbreitet,
trotzdem die Zeitung der P. B. B. weiß,

daß die Verbandskameraden polnische Kameraden als
Knappschaftsälteste schon gewählt haben, als die
ganze Polnische Berufsvereinigung noch gar nicht
da war!!! — Der Verband hat heute noch mehr

polnische Knappschaftsälteste im Amte, als die ganze
polnische Berufsvereinigung überhaupt.

Im polnischen Organ des Bergarbeiterverbandes sind 12
solcher Knappschaftsälteste (nicht Ersatzleute) mit Namen ange-
geben worden und auch der Ort, wo sie gewählt wurden. Die
ganze P. B. B. hat aber deren nur 8, die fast niemals in den

Generalversammlungen das Wort ergreifen, weil sie auf Knapp-
schaflichen Gebiete von der Zeitung der P. B. B. so gut wie gar
nicht aufgeführt werden. Das einzige, was sie bisher getan
haben, ist, daß sie polnische Statuten forderten, eine Forderung,
welcher der Verband gewiß nicht entgegen treten wird. Alle
anderen Forderungen, auch für die polnischen Kameraden, haben
bis jetzt die Kestesten des Verbandes gestellt und mit Energie
und Ausdauer vertreten. Es läßt heute noch sehr traurig um die
Knappschaftsrechte der polnischen Bergleute aus, wenn sie nur
auf die Vertretung der 8 Kestesten aus der P. B. B. angewiesen
wären.

Auch bei dieser Wahl haben die Kameraden des Verbandes
in einer ganzen Reihe von Sprengeln polnische Knappschafts-
ältestenkandidaten aufgestellt und werden ihnen umso eher zum
Siege verhelfen können, je weniger die P. B. B. durch ihre Son-
derbündeleien Zersplitterungsarbeit treibt.

Endlich behaupten die Führer der P. B. B., daß sich die pol-
nischen Bergleute niemals den „Deutschen verkaufen“ dürfen,
weil diese für sie „die Fremden“ sind.

Demgegenüber haben wir zu sagen, daß die deutschen Berg-
leute den Polen keine Fremden sind; weil sie gemeinsam ausge-
beutet und unterdrückt werden, weil sie gemeinsamen Gefahren
ausgesetzt sind und gegenseitig ihr Leben einsetzen müssen, wenn
es gilt, den Arbeiterkammeraden zu retten, ob er ein Deutscher,
Pole, Italiener oder sonstwer ist!

Wenn die Führer der P. B. B. die Arbeiter durch solche
Phrasen gegenseitig verhehen wollen, so liefern sie damit nur den
Beweis, daß sie vom Bergbau nichts verstehen, daß sie die Berg-
mannschre nur befudeln wollen und daß sie durch ihre Stimmen-
zersplitterung nur den Kapitalisten Dienste leisten!

Polnische Kameraden! Wenn wir unten in der Grube ver-
schüttet in Todesgefahr schweben, dann kommt nicht Sosinski,
um uns zu retten, — weil er dann vielleicht in Posen den pol-
nischen Junkern und Schlachtzigen die Zutreren des Volkes ver-
schachert. Indessen setzt der deutsche Bergmann sein Leben ein
— um uns vor dem Tode zu retten! Daher ist auch der deutsche
Bergmann kein Fremder; er ist und bleibt euer Freund und Lei-
densgenosse in guten und schlechten Tagen, im Leben und im
Sterben!

Fremde für uns gemeinsam sind verschiedene Führer der
P. B. B., die Zutrreiber der polnischen Zoll- und Schnapssteuer,
die uns fortgesetzt durch neue Steuern ausbeuten und dem Ruin
entgegenführen! Darum, polnische Kameraden, laßt euch gegen
den Verband nicht anheben mit inhaltlosen Phrasen! Leistet
den kapitalistischen Bedienten keine Hilfe! Zersplittert nicht
eure Stimmen auf aussichtslose Kandidaten der P. B. B., son-
dern gebt alle eure Stimmen den Kandidaten des „alten Ver-
bandes“, damit die Arbeiterschaft zum Siege gelangt!

„Bergknappe“ und Sozialdemokraten.

Der gewerkschaftliche Zecheausschuss will bei den Knappschafts-
wahlen die Vorschläge für die Reichstagswahlen schlagen.
Sue soll dabei aus dem Reichstag herausgewählt werden. Der
letzte „Bergknappe“ hat schon den Kampf zu diesem Zweck im
Interesse des Zentrums und der Nationalliberalen auf-
genommen! Mehrere Seiten werden der sozialdemokratischen Partei
gewidmet und M. Gladbacher Geschwür wird gegen sie aufgeführt. Dabei
passiert dem „Bergknappen“ Schreiber das Unglück, daß er sich als
der Vertreter „unwandelbarer Sittengebote“ missiekt. Was
wirklich rührend ist. Bisher haben sich die „Bergknappen“-Leute
so aufgeführt, daß ihre „für alle Menschen und immer geltenden
Sittengebote“ in schlimmster Verlogenheit und Verleumdungs-
sucht bestanden haben. Die M. Gladbacher Züglinge bringen es
denn noch soweit, daß das Wort Christ zum Schimpf-
wort herabsinkt! Wer also wirkliche christliche Sitten-
gebote vertreten will, der muß weit weit von der
„Bergknappen“-redaktion abrücken! Doch das nur nebenbei.
Was der „Bergknappe“ gegen die Sozialdemokratie zu schreiben hat,
trifft die Sozialdemokratie nicht, kann die sozialdemokratische Partei
nur ehren!

Die Schimpfepistel des „Bergknappen“ geben uns aber
Gelegenheit, einmal zu zeigen, daß die sozialdemokratische Partei
auch im Knappschaftswesen schon für die Rechte und Forderungen
der Bergarbeiter wirkte, als die meisten Gewerkschaftsführer noch
in nassen Hosen herumliefen. Manche von ihnen waren da
noch nicht einmal geboren. Lassen wir Tatsachen sprechen, wie die
sozialdemokratische Partei in Gemeinschaft mit dem sächsischen
Bergarbeiterverband schon vor Jahrzehnten Knappschaftsrechte
vertrat.

Der sächsische Bergarbeiterverband sandte von 1877 ab wiederholt
Petitionen an die Regierung und den Landtag, um Reformen des Berg-
gesetzes zu erreichen. Es kamen dann im sächsischen Landtage folgende
Verhandlungen zustande:

- 1. Interpellation Liebknecht vom 23. Februar 1880: a) Brückenbergs-
Katastrophe, b) Knappschaftswesen, c) Haftpflicht betr. (S. 1104 ff.)
2. Interpellation Stephani, Knappschaftskassen und ihre Leistungs-
fähigkeit betreffend behandelt am 27. November 1879 (Seite 108 ff.)
3. Am 21. Dezember 1881 spricht Liebknecht über die Petition Seifert-
Wolf und Genossen (Bericht Nr. 51) über die Entlassung und
Einbuße der Knappschaftsrechte. Liebknecht verlangt Reform des
Knappschaftswesens. (Seifert und Wolf waren sozialdemokratisch
gesinnte Bergarbeiter.)
4. Eine Enquete der Regierung ist die Folge der Debatte vom
Jahre 1879 über denselben Gegenstand.
5. Nach Angabe Liebknechts (Seite 340, Sitzung vom 21. Dez. 1881)
habe Dinter, ein sozialdemokratischer Agitator, schon im Jahre 1863
eine Petition der Bergarbeiter eingereicht.
6. Liebknecht fordert am 21. Dezember 1881 (Seite 341) auch Ver-
änderung des § 80 des sächsischen Berggesetzes.
7. Minister von Postitz-Ballwitz befragt hierbei (Seite 343), daß
Petitionen seitens der Bergarbeiter seit einer Reihe von Jahren
kein Ministerium des Innern eingegangen sind.
8. Die Petition Seifert und Genossen waren Veranlassung zu dem
Beschlusse (Seite 345, Verhandlung vom 21. Dezember 1881), daß
die Regierung dem nächsten Landtage einen Gegenentwurf vor-
legen solle. Derselbe erschien schon am 15. Februar 1882.
9. Der Gegenentwurf, die Minderstammung der Beiträge betr., erschien
schon unter Nr. 45 am 18. Februar 1882 und wurde am
20. Februar 1882 vorberaten.
10. Liebknecht hatte unter Nr. 153 einen Antrag, eine Landes-Knapp-
schaftskasse zu gründen, eingebracht, der gleichzeitig am 20. Februar
mit zur Vorberatung stand (Seite 1008).
11. Die Schlussberatung des Gesetzes und des Antrages Liebknecht
erfolgte am 25. Februar 1882 (Seite 1095 ff.). Hierbei wird fest-
gestellt, daß nach dem Berggesetz vom Jahre 1851 selbst Arbeiter,
die freiwillig abgingen, je nach Zustimmung des Revierauschusses
ihre Innecht aufrecht erhalten konnten (Seite 1096, zweite Spalte).
12. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. Februar 1882 dem Geset-
zentwurf zu (Seite 1097).
13. Unter Nr. 14. Februar 1884 beschwerten sich die Bergarbeiter der
Brückenbergschichte über Mißstände.
14. Unter Nr. 21. Dezember 1883 wurde eine Petition zum Berggesetz
vom 26. November 1883 von Knappschaftsältesten und dem Verband
der sächsischen Bergarbeiter eingereicht.

Der sächsische Berg- und Hüttenarbeiterverband hat auch an die
Reichsregierung in den 80er Jahren bei Gelegenheit
der Versicherungs-gesetzgebung wiederholt Petitionen gesandt.
Ebenso hat er wiederholt Petitionen an den sächsischen Landtag
gesandt, um das Berggesetz (Schichtzeit, Inspektionswesen, Knappschafts-
wesen) weiter zu reformieren.

Die sozialdemokratische Partei war im sächsischen Landtag wie
im Reichstag aber auch bis heute die beste Wortführerin der Berg-
arbeiter!

Sozialdemokratie, Verband und Sid.

Nach dem „Bergknappen“ sind Verbändler und Sozialdemo-
kraten auch des Meineids und aller sonstigen Verbrechen fähig!
Wer solches schreibt, schließt selbstverständlich von sich
auf andere. Denn, würde man der Wahrheit die Ehre geben,
dann käme die „Bergknappen“-Redaktion sehr bald zu dem Ergebnis,
daß Sozialdemokraten wegen Meineids und anderer Verbrechen
weniger in den Buchhändlern zu finden sind, als solche Leute, die
sich als die Vertreter „unwandelbarer Sittengebote“ hinstellen.
Vielleicht erkundigt sich die „Bergknappen“-Redaktion einmal in
den führenden Zentrumskreisen in Wismar, oder in Bayern, oder in den
bairischen Buchhändlern, die in letzter Zeit tüchtig Zuzug von Leuten
erhalten haben, die in naher Seelenverwandtschaft mit der „Berg-
knappen“-Redaktion standen. Oder kann uns der „Bergknappe“
sagen, wen Brisk damit gemeint hat, als er erklärte: „Die sind
so ziemlich alle des Meineids fähig!“ Wir betonen, Ver-
bändler und Sozialdemokraten hatte er dabei nicht im Auge.

Auf der Höhe der Frechheit!

Gausenweise werden zurzeit die Unwahrheiten über den Ver-
band und seine Kestesten kolportiert, wir werden sie an anderer
Stelle noch einer Würdigung unterziehen. Aber nicht nur die
Verbandsleitung, auch andere

in der Knappschafsbewegung ergraute Männer werden
angepöbelt und in ihrer Ehre von den Christlichen
beschmutzt.

Unter diesen beschimpften Männern befindet sich der alte
Verbandsvorstandsälteste Sued-Gerne. Von ihm wurde kolpor-
tiert, daß er sich heimlich als Oberältester gemeldet
und darum seine Wähler hintergangen habe. So oft von Sued
und uns auch das Gegenteil behauptet wurde, es half nichts!
Einer der christlichen Verleumder hatte noch den Mut, neben
früheren Erklärungen auch folgende

Erklärung in der „Berner Zeitung“

(Nr. 209, Mittwoch den 7. September 1910) zu veröffentlichen:
„Erklärung.

In der am Sonntag stattgefundenen Versammlung des so-
zialdemokratischen Bergarbeiterverbandes sagte der Genosse
und Führer des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes
zu dem Unterzeichneten:

„Ich erkläre den Bergmann Eisenmenger für einen
Lumpen, solange er nicht den Beweis erbringt für seine
Sued (Knappschaftsälteste) gegenüber gemachte Behaup-
tung.“

Dazu erkläre ich folgendes: Auf meine Erklärung in dem
„Berner Anzeiger“ und der „Berner Zeitung“ vom Samstag
den 27. August 1910 hat Sued bis heute nicht geantwortet.
Den Genossen Löffler erkläre ich hiermit so-
lange für einen gewissenlosen Verleumder
und Ehrabschneider, bis er die mir gegenüber ge-
machten Behauptungen zurücknimmt. Daß sich
Sued tatsächlich als Oberältester gemeldet hat, beweise ich
jederzeit. Ich fordere Sued auf, sofort gerichtliche Klage gegen
mich anzustrengen.

Christian Eisenmenger.“

Christian Eisenmenger ist christlicher Agitator für den Ge-
werksverein und Stadtverordneter in Gerne. Auf seine Ver-
leumdung hin hat Sued sich an die Knappschaftsverwaltung ge-
wandt, damit festgestellt werde, ob sich Sued als Oberältester
gemeldet habe oder nicht. Daraufhin hat Sued folgende
Schreiben erhalten:

„Allg. Knappschaftsverein Rochum, 8. Septbr. 1910.
zu Rochum.

An den Knappschaftsältesten Herrn Sued, Gerne.
Wir bekräftigen den Empfang Ihres Schreibens vom 7. d.
M. und bekräftigen Ihnen hiermit, daß Sie sich bisher um
die Stelle eines Vertrauensmannes (Oberältester, D. N.) nicht
beworben haben.

Die Verwaltung des Allgemeinen Knapp-
schaftsvereins
S. A. Meynen.“

So, christlicher Christian Eisenmenger,

wer ist nun der gewissenlose Verleumder
und Ehrabschneider?

Der letzte „Bergknappe“ strotzt von ähnlichen Verleumdungen.
Eisenmenger befindet sich also in guter Gesellschaft. Soll nach
der Gelfenkirchener Resolution etwa in dieser Weise gegen den
Verband vorgegangen werden? Dann kann es noch gut werden!

Zechengewerkverein.

„Der sozialdemokratische Verband hat das Wort
(Zechengewerkverein) erfunden und gebraucht es munter
und dreist in Kampfe gegen uns. Etwas schlimmeres
kann einer Arbeiterorganisation nicht nachgesagt werden
als hier geschieht, denn wenn es berechtigt wäre, dann
hätte der Zechengewerkverein verdient, vernichtet zu werden.“

„Bergknappe“ Nr. 35, vom 27. August 1910, Seite 2.

Damit ist dem Zechengewerkverein von seinem eigenen Or-
gan das Urteil gesprochen! Allein in unserer Nr. 36 haben wir
in 18 Fällen das innige Verhältnis zwischen Zechen und Zechen-
gewerkverein nachgewiesen; der „Bergknappe“ vermochte unsere
Beweise nicht zu entkräften. Erfunden hat also der Verband
das Wort Zechengewerkverein nicht; es ergibt sich auch aus der
Entstehung und bisherigen Taktik des Zechengewerkvereins aus
seiner Hintermänner als logische Schlussfolgerung ganz von
selbst. Und ferner ergibt es sich aus der einfachen Beantwor-
tung der Frage:

Wer hat den Zechengewerkverein und wer den Verband
gegründet?

Der Bergarbeiterverband wurde nach dem großen Berg-
arbeiterstreik 1889 aus der Arbeiterschaft heraus gegründet; er
entsprach also dem Bedürfnis der Arbeiter, sich zusammenzu-
schließen, um vereint gegen das alle in gleicher Weise bedrückende
Zechenkapital Front zu machen. Der Zechengewerkverein aber
entstand erst 1894, also fünf Jahre nach Gründung des Ver-
bandes, unter der Direktion von Fabrikbesitzern, Geistlichen,
Kaufleuten usw.; er entsprach also nicht den Bedürfnissen der
Arbeiter, sondern derjenigen Kreise, unter deren Leitung er ge-
gründet wurde, um die Arbeiter zu zersplittern.

Der kath. Pfarrer Drieschen-Essen hat den ersten Anstoß zur Gründung der „Christlichen“ Geselligkeitsorganisation gegeben.

Das hat August Brust 1900 auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Frankfurt ausgeplaudert. Das bestätigte auch der „Bergknappe“ Nr. 27, vom 7. Juli 1900.

„Dessentlich hieß es immer, der Gedanke der Gegenorganisation sei von den christlichen Bergarbeitern ausgegangen, hier erfahren wir, daß der Zechengewerksverein seine Entstehung in erster Linie den ultramontanen Parteilagatoren und nicht den Bergarbeitern verdankt.“

Kaplan Dr. Oberdörffer für Vic. Weber gegen ein zeitweiliges gemeinschaftliches Vorgehen mit den Sozialdemokraten gegen das Unternehmertum.

Am 26. August 1894 tagten unter Leitung von August Brust in Essen, in der Rotenburg, einige hundert Vertreter von Knappenevereinen, um über die Gründung des Zechengewerksvereins zu beraten. Auch Vertreter der Bergbehörde und eine Anzahl Geistliche, unter ihnen der evangelische Vic. Weber, M.-Glabbach, und Kaplan Dr. Oberdörffer, Köln, waren anwesend.

Man kann nicht sagen, daß der Verlauf der Versammlung überall befriedigt hat. Im Gegenteil, erschienen einige stark sozialistisch angehauchte Reden in der Essener Versammlung, so namentlich die Rede des Kaplans Dr. Oberdörffer aus Köln, der mehr oder minder verblümt mit feinem auch von uns getadelten Hinweis darauf, daß man, um „Krieg zu führen, Geld und wieder Geld“ haben müsse, bereits einen Waffenstillstand der Bergarbeiter in Aussicht stellte.

„Trotz dieser scharfen Abkanzelung der Herren „Ehrenräte“, meißelte die „Essener Volkszeitung“:

„Einem christlichen Bergarbeiterverband werden die Herren Gewerke (Grubenbesitzer) mäßig gestellte Wünsche erfüllen, desfalls, Ruhrbergleute, schließlich, auch in Waffen dem neuen Verein an und ihr werdet sehen, daß ihr dort besser fortkommt, wie im sozialdemokratischen Verband.“

„Das Gewerkschaftsprogramm der christlichen Arbeiter im Oberbergamtbezirk Dortmund gleicht fast genau demjenigen, welches im Jahre 1899 von den Führern der damaligen Bergleute an der Ruhr und an der Saar aufgestellt wurde und dessen Endziel darauf hinauslief: Krieg den Unternehmern!“

„Dr. Oberdörffer: Meine Herren! Ich bin angefeindet worden, weil ich gesagt habe: es ist notwendig, daß sich der zu begründende Gewerksverein einen Fond schafft, damit er unter Umständen im Stande sei, die materiellen Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen und weil ich sie davor gewarnt habe, die Sozialdemokratie zu beschimpfen, da Zeiten kommen könnten, in denen sie genötigt sein werden, mit den Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu kämpfen.“

„Herr Dr. Oberdörffer ist seither ein stiller Mann geworden. Er hat nicht wieder in so demonstrativer Weise eine Ranze für die Interessen der Arbeiter gebrochen. Vic. Weber's Anschauungen sind im Zechengewerksverein stets die herrschenden geblieben.“

„Aber auch Vic. Weber hat seine Rolle in der Arbeiterbewegung längst ausgespielt, weil er allzu offen für die Zechenherren eintrat. Er ist in der Berstenkung verschwunden und darf es heute kaum noch wagen, im Ruhrgebiet in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu reden.“

Ludwig Schröder für August Brust gegen ein Zusammengehen der Bergarbeiter.

Am 26. August 1894, als in Essen der Zechengewerksverein gleichsam aus der Laube gehoben wurde, tagte in Bochum die

Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes. Entscheidend für die Beurteilung der Frage, wer die Bergarbeitervereinigtheit zerstückt, sind die Ausführungen der beiden Vorsitzenden, die wir darum nebeneinander folgen lassen:

Ludwig Schröder: „Gleichzeitig tagen in Essen a. d. Ruhr Vertreter der evangelischen und katholischen Knappenevereine, welche auf christlicher Basis einen neuen Verband gründen wollten.“

Schröder nimmt also einen versöhnlichen entgegenkommenden Standpunkt ein, Brust aber predigt den Bruderkampf und mißbraucht das Christentum, um seinen Standpunkt zu rechtfertigen.

Geinrich Müller für August Brust gegen ein gemeinsames Zusammengehen der Bergarbeiter.

Am 18. Juni 1898 richtete der damalige Verbandsvorsitzende Geinrich Müller an Brust ein Schreiben, worin er demselben eine glückliche Aussprache über den gemeinsam einzuschlagenden Weg vorschlug. Brust lehnte das in einem Schreiben vom 15. Juni 1898 rundweg ab.

Geinrich Müller: „Im Interesse der Sache der Bergarbeiter in der Sie, wie ich tätig bin, halte ich es für angelegentlich, über verschiedene Fragen mit Ihnen Austausch der Meinungen herbeizuführen zu versuchen.“

1898 trat der Zechengewerksverein für den Knappenschaftstatutenentwurf der Zechenherren ein, wodurch die Bergarbeiter um zeitgemäße Knappenschaftsreformen betrogen wurden.

Am 14. März 1898 wurde in der Generalversammlung des Bochumer Knappenschaftsvereins der Knappenschaftstatutenentwurf der Zechenherren mit allen gegen 78 Stimmen angenommen.

„Und wenn niemand für das Statut stimmt, dann tue ich es doch!“

Wie toll es in der Zeitung des Zechengewerksvereins zugeht, und jetzt noch zugeht, zeigen folgende Gegenüberstellungen: „Bergknappe“ vom 8. April 1899: „Wenn auch die Wünsche der Mitglieder des Knappenschaftsvereins bezüglich der Reformen der Statuten durch die neuen Satzungen nicht im entferntesten befriedigt worden sind, so müssen sie sich doch lechtern nun fügen.“

„Bergknappe“ vom 12. August 1899: „Wie wenig auch die Knappenschaftsmitglieder mit dem Inhalte der neuen Satzungen zufrieden waren, zeigte sich so recht bei den letzten Wahlen.“

„Bergknappe“ vom 11. Januar 1902: „Krampe erfüllte seine Christen- und religiösen Pflichten wie kaum ein zweiter, aber doch wurde er von den Gegnern als Sozialdemokrat gestempelt.“

Der christliche Älteste Krampe erklärte vor Annahme des Statuts: „Wir können ein besseres Statut bekommen, wenn sich die Ältesten einig sind und das schlechte ablehnen.“

Der christliche Älteste Beder erklärte in einer Versammlung in Altenessen am 21. August 1908: „Ich habe meinen Standpunkt, den ich als richtig erkannte, bis zum Schluß durchgeführt und gegen die Annahme des Statuts gestimmt!“

Der Vorsitzende des Zechengewerksvereins, August Brust, erklärte in derselben Versammlung: „Der Älteste Mathias Beder-Mittheissen hat, obwohl sich der Vorstand des Gewerksvereins für Annahme des Statuts erklärte, gegen das Statut gestimmt; das war gut! Selbst das Chriuratsmitglied Krampe hat gegen das Statut gestimmt, und das rechne ich demselben hoch an.“

Diese Gegenüberstellung muß man zweimal genießen, und man wird wie der Schüler in Göthe's „Kauf“ ausrufen: „Wir

wird von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum!“ Wir empfehlen der Leitung des Zechengewerksvereins, sich ein kaltes Bad zu nehmen und einen Eisbeutel auf den Kopf zu legen, vielleicht wirds dann nachher besser.

„Das Statut des „Christlichen“ Gewerksvereins ist von den Pfaffen gemacht!“

So donnerte Bernhard Walter — damals noch Generalrat der S.-D. Gewerkschaften — 1894 in einer Versammlung in Alteneffen mit Löwenstimme in den Saal hinein. Heute ist der Mann wohlbestallter Sekretär des Zechengewerksvereins und schließt in jeder Versammlung seine Ausführungen mit dem Spruch: „Das wolle Gott!“

Der Verband regt ein Zusammengehen für die Ältestenwahlen 1898 an, wird aber vom Zechengewerksverein schmählich hinter's Licht geführt.

Im Herbst 1898 fanden die allgemeinen Ältestenwahlen statt. Um den arbeiterfeindlichen Einfluß der mächtigen Zechen-Ältesten zu brechen, regte die Verbandsleitung ein Zusammengehen mit dem Zechengewerksverein an. Es wurde auch folgende Vereinbarung getroffen:

„Wo einer der beiden Verbände die Mehrheit unter den Zechenleuten hat, da stellt er Kandidaten auf und die Mitglieder des anderen Verbandes stimmen für diese und sehen von der Aufstellung eigener Kandidaten ab.“

Auf einmal verlangte der Zechengewerksverein, es sollten vom Verband keine Sozialdemokraten als Kandidaten aufgestellt werden. Selbstverständlich konnte die Verbandsleitung darauf nicht eingehen; sie erklärte es als nicht angängig, parteipolitische Unterschiede zu machen, es komme nur auf die Tüchtigkeit und Unbescholtenheit der Kandidaten an.

„Könnten die Geschäfte der Zechenherren aber besser besorgt werden, wie es hier durch den Zechengewerksverein geschieht?“

Der zweite Vorsitzende des Zechengewerksvereins, Johann Wahl, wurde 1898 ausgeschlossen, weil er für ein Zusammengehen der Verbände eintrat.

Ein ehrlicher Freund seiner Berufsgenossen war der frühere zweite Vorsitzende des Zechengewerksvereins, Joh. Wahl-Watten-scheid. Er war evangelisch und von jeder Bemüht, den verderblichen Bruderkampf zu beseitigen und ein Zusammengehen der Verbände herbeizuführen.

So haben die Werksbesitzer offenkundig mit dem Zechengewerksverein Hand in Hand gearbeitet.

Der Zechengewerksverein fordert Arbeiterausschüsse, die von den Zechen eingesetzt werden sollen.

In einer Eingabe des Zechengewerksvereins vom 19. Februar 1899 an den Bergbauischen Verein befindet sich folgende Stelle: „Die Arbeiter beantragen nach wie vor zur besseren Regelung und Verteilung der Löhne auf jeder Grube einen Arbeiterausschuß einzuführen.“

„Daß ein von der Zechen eingesehter Arbeiterausschuß Arbeiterinteressen vertreten würde oder könnte, glaubt niemand, der die Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt.“

Der Zechengewerksverein lehnt 1904 ein Zusammengehen der Verbände ab und nimmt die Zechenältesten auf.

Am 1. März 1904 regte der Verbandsvorsitzende Hermann Sachse in einem Schreiben an den Zechengewerksverein, eine gemeinsame Aussprache aller Bergarbeiterorganisationen an, um gemeinsame Schritte gegen das Unternehmertum im Interesse der Bergarbeiter zu unternehmen.

„Damit aber noch nicht genug, veröffentlichte der „Bergknappe“ auch noch Sachses Brief und übte somit öffentlich Verachtung an den gemeinsamen Interessen der Arbeiter.“

„Fort mit allen gemäßigten Ältesten, das muß die Parole bei der bevorstehenden Ältestenwahl sein. Keiner dieser Leute darf wieder gewählt werden!“

Der Älteste Bloch-Essen äußerte sich noch kürzlich, wenn der Gewerksverein nicht mit ihm arbeiten wolle, dann werde er denselben vernichten. Armer Mann! Durch den Ansturm eines Bloch gerät der Gewerksverein nicht ins Wanken. Und wenn dieser Herr sich auch in den Gewerksverein geschlichen hat, so kann ihn das doch nicht retten. Wir danken für solches Dst.“

„Doch genug davon. Es efelt einen an, sich mit gewissen Leuten herumzuschlagen zu müssen.“

Und am 1. August 1898 schrieb der „Bergknappe“: „Wie Ältester Bloch erst im vorigen Jahre, so haben auch vor wenigen Wochen (kurz vor der Wahl) die gemäßigten Knappenschafts-vorstände Waheer-Strum und Wörmann-Dortmund das Bedürfnis gespürt, sich dem Gewerksverein anzuschließen.“

„Und über den späteren christlichen Vorstandesältesten Christian fällt der „Bergknappe“ vom 29. Juni 1899 folgendes Urteil: „Er ist ja Grubenbeamter, Schachtsteiger, wie wir erst jetzt erfahren, und das erklärt uns alles.“

„Wir wollen dem Ältesten Wörmann (Freund von Bloch) nur noch eben mitteilen, daß wir es eher für nützlich halten, einen Sottens-tollen zu einem ordentlichen Ältesten auszubilden, als einem alten Riesenschaf die Pflichten eines Ältesten beizubringen.“

1899 war der Bechengerwerverein mit Christian fertig; 1904 wählte er ihn sogar in den Knappschaftsvorstand. Am 20. Aug. 1904 schrieb der „Bergknappe“:

„Es sei hier nochmals hervorgehoben, daß der Aelteste Christian stets dem Gewerke angehört hat.“

Auch alle anderen Bechenältesten, die der „Bergknappe“ 1898 als Sottentotten, alte Hiesenschafe, als Leute, vor denen es einem ekelt usw. bezeichnet hatte, wurden 1904 in den Bechengerwerverein aufgenommen, um ihnen ihr Pöstchen zu sichern. Dazu schrieb der „Bergknappe“ vom 20. August 1904:

„Erst Beitritt (der Bechenältesten) zum Gewerke, dann Aufstellung zum Kandidaten, sofort die Sprengelmitglieder keine besonderen Verfehlungen nachweisen können.“

Und weiter schrieb der „Bergknappe“:

„Alle Bechenälteste nimmt der Gewerke jetzt auf, nur kein sozialdemokratisches Weisheit. Der Kampf geht nur gegen Notwidrig.“

Der Bechenkandidat Gebeheuser von Beche Graf Beust, ließ sich einen Monat vor der Wahl in den Bechengerwerverein aufnehmen und avancierte so über Nacht zum Gewerkevereinskandidaten. Die Beche legte ihren ganzen Apparat vom Steiger bis zum letzten Stroffenholz für Gebeheuser in Bewegung. Ja, der Steiger Jocke hielt sogar in der „Kreditkassa“ in Essen für denselben eine große Rede, worin er u. a. ausführte:

„Gebeheuser hat sich seit vielen Jahren auf der Beche Graf Beust bewährt und der Betriebsführer sowohl als auch die übrigen Beamten können demselben das beste Zeugnis ausstellen. Bevor Gebeheuser sich hat in den Gewerkeverein aufnehmen lassen, hat er den Betriebsführer Altenhoff hierzu um Erlaubnis gebeten und auch weiter gefragt, ob er im Falle er zum Aeltesten gewählt würde, die Wahl annehmen dürfe. Diese Erlaubnis hat Betriebsführer Altenhoff dem Gebeheuser auch gegeben und darum kann auch ich die Wahl desselben nur bringend empfehlen.“

So traten schon 1904, wie auch jetzt, die Bechen offen für die Wahl der Bechengerwervereinskandidaten ein. Über alles war vergebens! Der Bechengerwerverein erlitt am 10. Septbr. 1904 eine entscheidende Niederlage. Es erhielten der Bergarbeiterverband 68.000 Stimmen und 174 Aelteste, der Bechengerwerverein 48.000 Stimmen und 112 Aelteste.

Nun sind die obengenannten Bechenfreunde nicht mehr wählbar, weil sie inzwischen Anwalde geworden sind. Jetzt zieht Bloch als Agitator Sonntags in Versammlungen, um die Fahne des Bechengerwervereins zum Siege zu führen. Es ist derselbe Bloch, der 1907 in der Generalversammlung des Knappschaftsvereins am 12. Oktober umfidel und entgegen der Parole des Gewerkevereins für das Knappschaftsstatut stimmte. Solche Kämpfer passen zum Bechengerwerverein!

Hergelaufene Individuen.

In der ultramontanen „Emscher-Ripper Volkszeitung“ vom 15. August 1907 schrieb der Zentrumsabgeordnete und frühere Vorsitzende des Bechengerwervereins August Bruff:

„Unter anderem haben dann noch die „bösen Christen“ nach dem „Volksblatt“ gegen den Antrag der roten Kumpels (!) gestimmt, die Bestimmung zu streichen, wonach ein Knappschaftsältester in geregelten Vermögensverhältnissen leben muß. Wir fühlen mit den „Schmerz“ des „Volksblattes“ darüber, daß nicht jedes hergelaufene Individuum Knappschaftsältester werden soll.“

Also: Vergleute, jetzt ist ihr es! Wer nicht in geordneten Vermögensverhältnissen lebt, d. h. wer ein armer Teufel ist, mag er auch ein Ehrenmann sein, der ist nach Bruff ein hergelaufenes Individuum und kann nicht das Amt eines Knappschaftsältesten bekleiden.

Eine gemeine Beschimpfung der ausländischen Kameraden durch ein „christliches“ Gewerkschaftsorgan.

Bei den Berggewerbeberichterwahlen 1908 erlitt der Bechengerwerverein eine klägliche Niederlage. Unser Verband erhielt 22.439 Stimmen und 54 Beisitzer, der Bechengerwerverein nur 15.167 Stimmen und 24 Beisitzer. Das veranlaßte die „Bauhänderwerk“, Organ des Zentralverbandes „christlicher“ Bauhänderwerker, Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands, vom 27. Dezember 1908, zu folgenden Scharfaustrichen gegen die ausländischen Arbeiter, obwohl dieselben bei den Berggewerbeberichterwahlen gar nicht wahlberechtigt sind:

„Die Mehrheit konnte er (der Gewerkeverein) heute noch nicht erhalten, denn wenn er selbst mehr Verbandsmitglieder hätte wie der sozialdemokratische Verband, würde das bei den Wahlen unmöglich sein, da das

ganze ausländische Gesindel, von wenigen Anhängern abgesehen, nur für die Sozialdemokratie stimmt!“

Eine solche gemeine Beschimpfung der Arbeiterschaft hat noch nicht einmal ein offenes Bechenblatt fertig gebracht! Der „christliche“ „Bauhänderwerker“ wagt es, die ausländischen Arbeiter als „Gesindel“ zu beschimpfen!!! Der „Bauhänderwerker“ wird herausgegeben vom Vorstande des „christlichen“ Zentralverbandes der Bauhänderwerker usw.! An der Spitze dieses Vorstandes steht der Zentrumsabgeordnete Wieberg. Kein „gewöhnlicher“ M.-Gladbacher, sondern einer der hervorragendsten Wächter über „christliche Sitte und anständigen Ton“ ist Herausgeber des „christlichen“ Blattes, das die nichtheimischen Ruhrbergleute als „Gesindel“ tituliert!!!

Ein Verleumder des Kameraden Wagner als Gewährsmann des „Bergknappen“.

Zum eisernen Waffenbestand des „Bergknappen“ und der Bechengerwervereinsagitatoren gehört trotz aller Widerlegungen nach wie vor die völlig unwahre Behauptung, unser Kamerad Wagner habe in einer Versammlung in Altessen am 18. Mai 1905 gesagt:

„Die Verbandsältesten sind auch nicht immer Engel, sie sind auch nicht unfehlbar. Man muß in Betracht ziehen, daß viele Aelteste des Verbandes alte, abgemergelte Leute sind, deren Gehirn nicht mehr so funktioniert, als es sein soll. Daher muß man ihnen vergeben, wenn sie mal sündigen.“

Unter der gewaltigen Fülle des Anlagematerials, was wir angeführt, ist der „Christen“ die Luft ausgegangen und so greift der „Bergknappe“ vom 10. September 1910 ins Reich der Phantasie und wärmt obige unwahre, duzendemale widerlegte Behauptung wieder auf. Demgegenüber sei nochmals festgestellt, daß Wagner in der fraglichen Versammlung auf die Angriffe des jetzigen Oberältesten Becker gegen die Verbandsältesten geantwortet hat:

„Ich kann nicht alle Vorwürfe Beckers im Moment auf ihre Richtigkeit nachprüfen. Aber selbst wenn sie alle im vollen Umfange zuträfen, könnte immer nur von Fehlern, die sich aus den Verhältnissen heraus erklären, nicht aber von böser Absicht, die Arbeiterinteressen zu schädigen, geredet werden. Die Verbandsältesten haben zum Teil ein Menschenalter Grubenarbeit verrichtet und zwar schon zu einer Zeit, wo die Unternehmervertreter noch viele Jahre die Schutzhüte drückten. Diese haben darum den Aeltesten gegenüber eine bessere Schulung und Erziehung voraus; das ist ein Nachteil für die Aeltesten und wenn wirklich einmal Fehler unterlaufen, finden sie darin ihre Erklärung. Wer den christlichen Verbandsältesten kann aber nach Lage der Verhältnisse nicht mehr von Fehlern, sondern nur von bewusster Schädigung der Arbeiterinteressen geredet werden, um persönliche Vorteile zu erlangen und bei den Unternehmern lieb und wert zu sein.“

lern, sondern nur von bewusster Schädigung der Arbeiterinteressen geredet werden, um persönliche Vorteile zu erlangen und bei den Unternehmern lieb und wert zu sein.“

Wir glauben nicht daran, daß der „Bergknappe“ nach dieser Richtigstellung der Wahrheit die Ehre gibt. Er soll aber dann doch wenigstens seinen bedauerlichen Lesern mitteilen, daß Wagner seinen Gewährsmann Becker öffentlich in der Presse, in Flugblättern und Versammlungen einen Lügner und Verleumder gegen besseres Wissen genannt hat, was dieser aus nachliegenden Gründen ruhig auf sich sitzen ließ.

Die Bundesgenossen des Bechen-Gewerkevereins.

Nicht mit der Bechenpartei, sondern nur mit den evangelischen Arbeitervereinen hat der allchristliche Bechengerwerverein ein Kompromiß abgeschlossen, so salbader die Führer des Bechengerwervereins und stellen sich noch beleidigt, daß wir derartiges behaupten konnten. Daß die evangelischen Arbeitervereine aber nichts weiter sind als die Vertreter der Bechen, geht deutlich aus einer Broschüre des evangelischen Arbeiterbundes über den Streik von 1905 hervor. Wir lassen aus derselben einige Proben folgen. Auf Seite 10 wird die Ablehnung der Lohn- und sonstigen Forderungen der Streikenden als eine rettende Tat wie folgt gepriesen:

„Daß die Werkbesitzer dem Kern der Arbeiter vertrauen, war richtig. Sie mußten es tun nach dem, was für dieselben gesehen war. Daß die Forderungen bei Kontraktbruch rundweg abgelehnt wurden, war charakterfest und vollständig angebracht. Einen ungeheuren Dienst haben sie damit dem Staate, der gesamten heimischen Industrie, sämtlichen arbeitswilligen Vergleuten wie der gesamten verlässigen und vaterländisch gesinnten Arbeiterschaft erwiesen. Daß die Vergewaltiger auch gern ordentlichen Arbeitern entgegenkommen, beweist ihr Verhalten den evangelischen Arbeitervereinen gegenüber.“

Derselbe evangelische Arbeiterbund gab während des Riesenkampfes ein Flugblatt heraus, das zum Streikbruch aufforderte, in dem es heißt:

„Unter diesen Umständen halten wir es für unsere ernste und heilige Pflicht, unsere bergmännischen Mitglieder zu bitten, mit der Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu säumen, bis ihnen andere zuvorgekommen sind. Durch die Erfahrung früherer Streiks ist die Mahnung hinlänglich begründet, scharf darauf zu achten, daß unsere Mitglieder nicht zu denjenigen gehören, die nach Beendigung des Streiks übrig bleiben, keine Arbeit finden und dann das Nachsehen haben.“

Nach Pflicht und Gewissen fordert wir daher unsere Mitglieder aus dem Bergarbeiterstande in ihrem eigenen Interesse auf, nunmehr die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wochm, den 6. Februar 1905.

Der geschäftsführende Ausschuss des evangelischen Arbeiterbundes.

Gegen die Verbände, hauptsächlich gegen die Stebenerkommission, gegen den „christlichen“ Effert, ludte der evangelische Arbeiterbund die Arbeiter aufzuheben, was deutlich aus folgenden Worten der Broschüre auf Seite 23 hervorgeht (Zirkular):

„Eine soziale Kommission wird eure Klagen entgegen nehmen und weiter geben. Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen, daß die Arbeiter auf unsere Vorstellung eher hören werden, als auf die Forderungen solcher Leute, in denen sie ihre eingeschworenen Feinde erblicken müssen. Über begehrt nicht Kontraktbruch! Stret auf die Stimme der Vernunft! Tretet dem allgemeinen Streik nicht bei, er kann Euch unter den vorliegenden Umständen nichts Gutes bringen.“

Wochm, den 16. Januar 1905.

Der Vorstand des evangelischen Arbeiterbundes.

Doch hören wir weiter, wie dieser evangelische Arbeiterbund damals die Not der Vergleute verpöthet hat. Auf Seite 29 lesen wir:

„Welche weisheitliche Hausfrau des guten Mittelstandes hat nicht oft mit Staunen vernommen, wenn ihr beim Einkauf ein Kleid zu teuer war: „Das Kleid ist der feinen Madam zu teuer. Ich will noch ein teureres haben.“

„Wer kauft denn die feinsten Delikatessen? Das sind unsere armen, bedrängten Bergmännischen Frauen, die gar nicht zu wirtschaften verstehen. Haben sie die Löhnung von ihren Männern erhalten, wird alles auf den Kopf geschlagen. Die Männer vertrinken die Hälfte.“

Der Heinrich-Brief kommt!

Wie uns mitgeteilt wird, wird die dieswöchentliche Nummer des „Bergknappen“ den Heinrichbrief im Faksimile bringen. Aber es wird uns auch ferner mitgeteilt, daß ein weiterer Name als Heinrich (Familiennamen) auch unter dem Faksimile (im Druck nachgebildete Handschrift) nicht vorhanden ist!!! Nun können die Bergarbeiter sich ihren Heinrich, der in Deutschland gewiß in mehreren Hunderttausend Exemplaren vorhanden ist, selbst suchen. Da die Gewerkevereinsleitung nichts getan hat, um Hand in Hand mit dem Verbandsvorstand den „anonymen Briefschreiber“ zu ermitteln und da weiter, wie wir in einem anderen Artikel (siehe Artikel: Der Heinrichbrief) nachweisen, die Gewerkevereinsleitung sich in ihren Behauptungen schon gründlich widersprochen bzw. sich festgelogen hat, ist selbstverständlich, daß

Der Heinrichbrief nicht aus dem Verbandslager, wohl aber aus dem Gewerkevereinslager stammt!!!

Die Gewerkevereinsleitung kann auch durch das Faksimile nichts anderes beweisen, als daß sie den Brief zu einem „Wahltrieb“ benutzt, das beweist auch ferner die Veröffentlichung des Faksimiles sozusagen in letzter Stunde! Wir ersuchen die Ruhrbergleute, die dummspreche Art und Weise, mit der die Gewerkevereinsleitung auf die Reichgläubigkeit der Bergarbeiter spekuliert, damit zu belohnen, daß am 17. September überall die Verbandsältesten gewählt werden. Das ist die beste Antwort auf den christlichen Schwindel!

Anfrage an Johann Effert.

Wie das christliche Bechengerwervereinsmitglied Müller am 11. September in Reddinghausen-Süd mitteilte, habe der allchristliche Johann Effert am 11. September vormittags in der „Villa Franca“ zu Reddinghausen gesagt, der Verband habe auf den Bechen Bismarck II und Zollverein VI in Stöppenberg ein Kompromiß abgeschlossen. Hat Johann Effert das tatsächlich gesagt, dann hat er seine Zuhörer belogen und wir erklären ihn dann als einen gewissenlosen Verleumder und frechen Lügner.

In Sachen Brehm und Friedrich

erhalten wie folgendes Schreiben:

„An Herrn Reichstagsabgeordneten Hermann Sasse, Bochum.“

In den Privatlagersachen gegen Brehm und Friedrich und Wozan teile ich Ihnen mit, daß der am 7. ds. Mts. anberaumte Termin in letzter Stunde aufgehoben ist, weil für den Tag seitens des Gerichts zwei Sachen angehängt sind und nicht alle bewältigt werden können. Von den von mir vertretenen Sachen sind noch zwei weitere Sachen aufgehoben. Ein neuer Termin ist seitens des Gerichts noch nicht bestimmt.

Dr. K. A. W. H. H., Rechtsanwalt.

Damit dürfte sich das von Brehm u. Gen. ausgestreute Gerücht erledigen, als ob der Verbandsvorstand die Vertagung des Termins angeordnet hat.

Allerhand Gerüchte.

werden ausgestreut, als ob die einzelnen Ortsverwaltungen bezw. Vertrauensleute des Verbandes um Kompromisse mit einzelnen Bechen nachgesucht hätten. So behauptete der christliche Gewerkevereinsredner Wegener in Bochum in einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung, daß der Verbandsvertrauensmann und Knappschaftsälteste Redis-Erle dem Betriebsführer der Beche Bismarck II ein Kompromiß angeboten habe. Wir stellen fest, daß Redis weder Vertrauensmann des Verbandes noch Aeltester ist. Wenn die obigen Behauptungen überhaupt wahr sein sollen, d. h. daß Redis vielleicht aus Mangel darüber, daß er nicht als Aeltestenkandidat aufgestellt wurde, dem Verband einen Streich zu spielen trachtet, dann ist selbstverständlich weder für Redis noch für andere, die ähnliches machen, kein Platz im Bergarbeiterverbande! Solche Leute können sich im Gewerkeverein aufnehmen lassen, dort wird so etwas gebildet und gepflegt, nicht im Bergarbeiterverbande!

Wir werden selbstverständlich der Sache noch vor der Wahl auf den Grund gehen und auch da Untersuchungen anstellen, wo man uns ähnliche Vorwürfe macht. Die Verbandsbude wird rein gehalten. Wir wissen vom Gewerkeverein, wie solcher Dreck aussieht.

Nachbemerkung der Redaktion. Wir erhalten kurz vor Redaktionsschluss die Mitteilung, daß Redis in der Tat versucht hat, mit der Beche anzubandeln. Als er das tat, war Redis nicht mehr Mitglied des Bergarbeiterverbandes. Was sollen also die Verleumdungen?

Die Anarchos

beabsichtigen die Herausgabe eines Flugblatts. Es war nur die Geldfrage zu lösen. Ob man die Summe jetzt zusammen hat, wissen wir nicht. Im übrigen preisen die Herren Anarchos auf dem letzten Loch. Sie haben ausgespielt. Sätten die Herren Büscher, Wiedede, Besser und Konforten im Samborner Becken die 12 Mann nicht als Anhänger, es stände schlecht um sie. Dafür aber können sie sich trösten, daß sie unter den Böblen einen sogenannten „schweren Jungen“ zählen. Vielleicht schafft der das Geld herbei.

Das christliche Flugblatt,

das vom Gewerkeverein zur Verteilung gelangte und in dem auch auf den Heinrichbrief Bezug genommen wird, ist so dumm, daß ein Eingehen auf das Nachwerk sich nicht lohnt.

Der Kampf mit schärferen Waffen.

Die im vorigen „Bergknappen“ angekündigten schärferen Waffen im Kampf gegen den Verband wurden schon am letzten Sonntag angewandt und zwar daß man in den bechenchristlichen Versammlungen unsere Mitglieder hinauswies und dann hinter verschlossenen Türen den Verband kaputt zu kriegen versuchte oder durch Madau und Frechheit unsere Versammlungen zu sprengen versuchte. In Gladbeck, wo unter freiem Himmel eine Riesenversammlung von 3500 bis 4000 Besuchern stattfand, hatten die Bechenchristen beabsichtigt, dieselbe zu sprengen, unterließen es jedoch, da sie allzusehr in der Minderheit waren. Nach dem Vortrag des Kameraden Leimpeters forderte der Vorsitzende etwa anwesende Gegner auf, das Wort zu nehmen. Niemand meldete sich, worauf der Vorsitzende weiter frug, ob Herr Meßinger, Zmbusch oder sonst einer der M.-Gladbacher anwesend sei, worauf aus der Versammlung gerufen wurde: „Meßinger ist hier!“ Der Vorsitzende frug Meßinger, ob er das Wort wünsche, worauf Meßinger zu seinen Freunden sagte: „Ich werde mich hüten!“ Darauf sprachen noch zwei Verbandskameraden und wurde dann das Lied: „Frisch auf, Kameraden“ usw. gemeinschaftlich gesungen, was als Schluß der Versammlung galt. Jetzt kam Meßinger zum Wozan und verlangte das Wort, wo die Besucher zu Hunderten abzogen. Das Wort wurde ihm nunmehr verweigert, da es nicht sei. Meßinger schimpfte uns als Feiglinge aus und trat zu Leimpeters:

„Ich erkläre Sie als einen Feigling, als einen gemeinen Lügner und Lumpen.“

Auf diese Worte hin sprang Leimpeters vom Wozan und schlug Meßinger gründlich rechts und links in die Ohren. Meßinger hatte gewiß auf die Feiglingstüchtigkeit unseres Gannes spekuliert und bezog sich auf die schnelle Exekution der Selbstverteidigung etwas nicht gekommen sein. Wir wollen die Methode Leimpeters, die christliche Ehre mit solchem Nachdruck zu wahren, nicht empfehlen. Ob sie aber bei Meßinger angebracht wäre, ist unsere Kameraden selbst beurteilen. Eins ist doch unzweifelhaft und vielleicht mehr von praktischen Folgen begleitet: die Strafung Meßingers, als wenn erst die langen Prozesse für die schließlich die christlichen Gewerkevereinsmitglieder mit ihren sauer verdienten Beiträgen aufkommen müßten. In seinerzeit der christlich-soziale Affenbeul von Leimpeters andrat a. D. in Wittgenstein in einer Versammlung dem Meßinger schellen für seine nichtsnutzigen Angriffe auf die christliche Ehre anderer erhielt, daß er unter den Tisch schlüpfte, das ist kein bekanntes Organ, das sei nur die persönliche Angelegenheit des Austeilers und Empfängers. Damit können auch wir uns abfinden.

Subel im christlichen Gewerkeverein.

Im Sprengel Nr. 356 hat die Beche Schlägel und Eisen I und II ihre ausgewählten Aeltestenkandidaten zugunsten des Bechengerwervereins zurückgezogen! Darob großen Subel im christlichen Lager. Eine nette Arbeiterorganisation!

